

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Samburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementpreis bei der Post 80 A, in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

München, 28. März 1896.

Inserate die hiergespaltene Zeitspalt oder deren Raum 20 A Redaktion und Expedition: München, Weihenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Jahresberichte der bayerischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1895. — Die tägliche Arbeitszeit in der deutschen Industrie. — Zentralisation der Streikmittel. — Der Fortbestand der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschl. — Der Waarenmarkt. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- u. Sterbe-Kasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. Korrespondenzen. — Vermischtes. Literarisches.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: Von Feilenhauern (auch Maschinenh.) nach **Berlin** (Mägdefrau), nach **Bielefeld** in Westf. (Zimmermann), nach **Hernsdorf** (Berger); von Schleifern nach **Braunschweig** (Mähmaschinenfabrik Grimme & Natsals); von Schlossern u. Drehern z. n. nach **Lübeck** (Maschinen- u. Metall-Gesellschaft); Metallbüchsen nach **Fürth** i. Bay.; Drehern, Kupferschmieden, Metallgießern und Schlossern nach **Hottweil** (Letzer).

Die Jahresberichte der bayer. Fabrikinspektoren für 1895.

I.

Prompter als je zuvor sind die Berichte der bayerischen Fabriken- und Gewerbeinspektoren für das verfloßene Jahr erschienen. In einem stattlichen Bände von 489 und 1111 Seiten liegen uns dieselben vor. Sie umfassen die Einzelberichte der 8 Kreisinspektoren, denen eine Art Generalbericht des Inspektors für Oberbayern vorausgeht, enthaltend einen Extrait der übrigen Berichte und ein reiches Tabellenmaterial.

Die diesmaligen Berichte sind für die Arbeiterwelt um so interessanter, als in der bayerischen Fabrikinspektion seit wenigen Jahren gewaltige Umgestaltungen vorgegangen sind. Lange Zeit hielt man zwei Beamte als ausreichend für das ganze Land, das ja ein eigentlich industrielles im modernen Sinne allerdings auch heute noch nicht angesehen werden kann, denn einen riesigen Prozentsatz der Bevölkerung nimmt die Landwirtschaft für sich in Anspruch und auch die Zwergbetriebe im Handwerk, theilweise verbunden mit landwirtschaftlichem Kleinbesitz, sind außerordentlich zahlreich auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten vertreten. Immerhin aber konnte auch dieses vorwiegend ackerbau-treibende Land dem Zug und dem Bedürfnis der Zeit sich nicht verschließen und mehr und mehr fangen allenthalben Schornsteine an zu ragen, werden Wasserkräfte, die sonst nur das idyllisch klappernde Mühlrad trieben, in den Dienst der Großindustrie gestellt, ja die vierseitige Haupt- und Residenzstadt München sogar, die vor anderthalb Jahrzehnten noch lediglich als Pensionopolis, als der Sammel-punkt der Rentiers und Pensionisten galt, ist in den Bann des industriellen Kapitalismus gezwängt, ist zur Fabrikstadt geworden. Und so sah man sich denn Ende der 80er Jahre genöthigt, die Zahl

der Fabrikinspektoren auf 4 zu erhöhen. Jeder Beamte hatte zwei Regierungsbezirke zu versehen, welche eine Einwohnerzahl von durchschnittlich je 650 000 aufweisen, mit Ausnahme von Oberbayern, welches über eine Million hinausgeht.

Und dann trat ein „revolutionäres“ Ereignis ein: das Jahr 1893 brachte die Thatsache, daß fünf Sozialdemokraten als Abgeordnete ihren Einzug in das Landtagsgebäude zu München hielten und dort alsbald begannen, ihr Augenmerk neben vielen allgemeinen Angelegenheiten insbesondere auf die bisher so sehr im Urogen gelegenen Arbeiterfragen zu richten. Es ist wohl überflüssig, des Weiteren auszuführen, daß einer der Angelpunkte für ihre Kritik und bessernden Vorschläge das Fabrikinspektorat bildete. Kurz zuvor hatte man die Zahl der Aufsichtsbeamten von 4 auf 8 erhöht. Es wurde aber, im Hinblick darauf, daß auch diese Zahl noch ungenügend, auf eine weitere Vermehrung hingearbeitet und besonders auch der Vorschlag gemacht, daß die Beamten gemeinsam Konferenzen abhalten sollten und daß ein Zentralinspektor für das ganze Königreich eingesetzt werde. Letzteres wurde abgelehnt, die Konferenzen dagegen akzeptirt. Den Vorstoß dabei führt freilich der nichts weniger als fortschrittlich gesinnte Minister Frhr. v. Feilitzsch, aber selbst dieser Umstand konnte das, was zur Nothwendigkeit geworden war, nicht hintanhaltend. Zahlreiche Mißstände, die man früher direkt gelugnet oder doch stillschweigend umgangen hatte, wurden nun offen besprochen. Und man muß anerkennen, es sind auch da und dort redliche Versuche gemacht worden, sie zu beseitigen. Ein sprechendes Beispiel dafür sind die vorliegenden Berichte, die aus wesentlich anderem Guffe sind als die früheren, in denen viel schärfer gewisse Dinge, an die man vorher sich nicht zu „tippen“ getraute, unverhohlen aufgedeckt werden. Sehr bemerkenswerth ist u. A., daß der Unfug, der mit der Beweihräucherung der sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ stets getrieben wurde, wesentlich eingeschränkt ist.

Gegenwärtig beträgt das Beamtenpersonal zur Beaufsichtigung der Fabriken und der denselben gleich zu achtenden Gewerbebetriebe: acht Inspektoren und fünf Assistenten. Die Vermehrung der letzteren um weitere 5 ist bereits in Aussicht gestellt. In heuriger Session hat nun die Abgeordnetenkammer auf den Antrag der Abgg. Scherni u. Gen. hin beschloffen, auch die Mittel für Anstellung eines weiblichen Assistenten in den nächsten Etat einzustellen und bei weiterem Bedarf von männlichen Assistenten auch Angehörige der Arbeiterklasse zu diesem Posten heranzuziehen. Leider hat die sogenannte Reichsraths- (erste) Kammer den ersteren Beschluß nicht akzeptirt. Was natürlich nicht anschießt, sondern im Gegentheil bedingt, daß der Antrag in nächster Session wiederum eingebracht wird.

Alles in Allem genommen kann man sagen, daß das Institut der Fabrikinspektion in Bayern auf einem ganz anderem Niveau steht, als dies vor etwa zehn Jahren noch der Fall war. Und die Verbandsgenossen, welche unsere bezüglichen Artikel aus früherer Zeit mit unserer heutigen Kritik der Inspektorenberichte vergleichen, werden zugeben müssen, daß in der That ein beachtenswerther Fortschritt gemacht wurde, der in der Hauptsache auf das Anwachsen unserer Organisation und auf die unentwegte Thätigkeit der Arbeiterpresse und der sozialdemokratischen Abgeordneten zurückzuführen ist.

Sehen wir uns nun zunächst ein wenig in dem allgemeinen (General-)Bericht des Münchner Beamten, Herrn Karl Böllath, um.

„Am 1. April des Berichtsjahres“, sagt er, „traten die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk in Kraft, womit das Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1891 seinem Ziele abermals um einen Schritt näher gebracht worden ist. Es ist gerechtfertigt, sich aus diesem Anlasse zu vergegenwärtigen, nach welchen Richtungen hin die Fortführung des Arbeiterschutzes auf Grund des genannten Gesetzes nimmere zu erwarten und anzustreben sein wird.“

„Zunächst hat die Bestimmung des § 154 Abs. 3 der Gew.-Ordn., wonach die mit Elementarkraft arbeitenden Werkstätten wenigstens in der Hauptsache den Fabrikvorschriften unterstellt werden, noch keine Geltung erlangt; ebensowenig ist bis jetzt eine kaiserliche Verordnung im Sinne des Abs. 3 a. a. O. ergangen, welcher die Einbeziehung noch anderer Werkstätten, sowie der Bauten in diese Vorschriften vorzieht.“

Herr Böllath führt dann aus, daß unter den im praktischen Vollzuge der Gew.-Ordn. an der Hand der Rechtsprechung entwickelten Fabrikbegriff, obwohl derselbe durch gesetzliche Gleichstellung der Hüttenwerke, Zimmerplätze u. s. w. mit den Fabriken bereits erweitert wurde, doch bei weitem nicht alle Betriebe eingereicht werden können, für welche dies zum mindesten mit Rücksicht auf den Schutz der Kinder- u. Frauenarbeit geboten wäre.

Ferner betont der Beamte in seiner Einleitung, daß die den Anforderungen der Gesundheit und Sittlichkeit Rechnung tragenden Bestimmungen der §§ 120a bis e und 139a Ziff. 1 der Gew.-Ordn. vielfach eine strengere Präzisierung bezw. eine Weiterentwicklung bisher zu allgemein gehaltenen oder fakultativer Vorschriften verlangen.

Ganz besonders bemerkenswerth ist folgender Satz: „Verschiedene andere in der Gew.-Ordn. enthaltene fakultative Bestimmungen und Anregungen, so bezüglich der Lohnauszahlung an Minderjährige, der Vorschriften über das Verhalten derselben außerhalb des Betriebes,

der Bildung von Arbeiterausschüssen u. a. m. haben bisher derart geringe Beachtung gefunden und sich so wenig entwickelungsfähig gezeigt, daß sie bei Würdigung künftiger Reformbestrebungen vorerst libergangen werden können.“

Einem sozialdemokratischen Redner, der im Parlament diesen Satz ausdrückte, würden die König Stumm u. Konforten ein entrüstetes „Hört hört“ zudonnern. Der oberbayerische Fabrikinspektor mbge sich ja nicht im Bereiche des Stumm'schen Königreiches hlicken lassen. Herr Stumm ist solchen Ansichten gegenüber außerordentlich „scharf“ und versteht keinen Spaß, wenn so „despektirlich“ über höchstfeine Ideen gesprochen wird, denn EM ist es ja hauptsächlich gewesen, der seiner Zeit im Reichstag die Ausdehnung der Fabrikschulbildung auf das ganze „in- und außerbetriebliche“ Leben des Arbeiters lebhaft befürwortet hat. Wir aber freuen uns, daß wieder einmal von einem wirklichen Sachverständigen, einem Manne, der seiner ganzen Lebensstellung nach doch immerhin der Unternehmungsklasse näher steht als den Kreisen der Arbeiter, uneingeschränkt etwas bestätigt wird, was gleich zu Anfang, als diese wunderlichen „Ideen“ Eingang in die Gesetzgebung fanden, von den Arbeiterabgeordneten dazu gesagt worden ist.

Eine weitere Aeußerung des Inspektors begegnet sich gleichfalls mit unseren Anschauungen, es betrifft dieselbe die Nothwendigkeit der Weiterbildung des Gewerbeinspektionswesens im Sinne einer einheitlicheren und wirksameren Dienstführung. Herr Böllath sagt in dieser Beziehung: „Eine größere Einheitlichkeit wird insofern anzustreben sein, als in Bezug auf die Ueberwachungsthätigkeit der Gewerbe-Aufsichtsbeamten bisher unläugbar eine zu weit gehende Verschiedenheit in den Anschauungen und beim Gesetzesvollzuge stattfand und als außerdem, soweit es sich um die Beobachtungsthätigkeit gegenüber der sozialen Entwicklung handelt, das Vorgehen der Beamten nicht immer genügend nach gleichen Richtungen hin gelenkt und damit für die Gesamtbeurtheilung der jeweils untersuchten Zustände brauchbar gemacht wurde. — Wirksamere müßte die Dienstführung in der Art werden, daß das Aufsichtspersonal den gestellten Aufgaben angemessen verstärkt und mit den einschlägigen sozialen Organisationen, wie Krankenkassen, Gewerbegerichten, Berufsvereinen zc. in regere Fühlung gesetzt würde.“

„In regere Fühlung mit den Berufsvereinen! Nach der Ansicht des Herrn Böllath sollen also Inspektoren in direkten Verkehr mit den Gewerkschaften, Fachvereinen zc. — denn das sind die Berufsvereine — treten. Wir glauben, daß das bis jetzt mit Ausnahme etwa des unterfränkischen Inspektors, von keinem seiner bayerischen Kollegen geschehen ist, d. h. wenigstens so weit unsere persönliche Erfahrung reicht. Es

Ist dies aber auch gar kein Wunder, denn so lange die Berufsvereine der Arbeiter nicht die sozialen Aufgaben erfüllen, sondern direkt polizeilich vorgehen und verfolgt und vom Ministerium als „sozialdemokratische“, d. h. so viel wie „unstrahlende“, Organisationen verschrien werden, ist es auch für einen im Allgemeinen vorurteilsfreien Aufschichtsbeamten immerhin ein gewisses Wagnis, mit solchen in Verkehr zu treten. Wir konstatieren mit Freude, daß der Aufschichtsbeamte für Oberbayern direkt dafür eintritt. Ueber die stattgehabte Konferenz der Inspektoren theilt Herr P. mit, daß, abgesehen von einem umfassenden Austausch gegenseitiger Erfahrungen ganz im Sinne der vorstehend entwickelten Anschauungen, u. a. die Aufstellung allgemeiner Richtlinien behufs gleichmäßigen Vollzugs der Unfallverhütung und der gewerbesanftlichen Vorschriften der Gew.-Ordn., ferner die Herausgreifung bestimmter Gewerbegruppen, auf welche sich von nun an die Erhebungen und die Berichterstattung über das Verhütungswesen, die Arbeitszeit und den Arbeitslohn vorzugsweise und gleichheitlich zu erstrecken haben, vereinbart worden ist. Er theilt bei der Gelegenheit dann auch die genehmigte Anstellung der fünf neuen Assistenten, die Zuziehung geeigneter Personen aus dem Arbeiterstande und die, von uns schon erwähnte, beantragte Einstellung der Mittel in den Etat für eine Assistentin mit.

Ueber die mangelhafte, oft ungenügende Revisionsfähigkeit der Ortspolizeibehörden erfahren wir aus dem Bericht ganz genau, was wir selbst darüber zu wiederholten Malen ausgesprochen haben. Aus dem meisten Aufschichtsbezirken, heißt es, kehren immer dieselben Klagen wieder, wenn auch in einzelnen Berichten von einer theilweisen Besserung die Rede ist. Nach dem schwäbischen Bericht möchte eher eine Verschlechterung des seitherigen Zustandes die Rede sein! Kein Wunder! Im Regierungsbezirk Schwaben haust eine große Anzahl übermächtiger Textilbarone, die sich von drilichen Polizeibehörden in ihre Betriebe, wo sie allein „Herr sind“, nicht drehen lassen. Sehr treffend heißt es in Pöhlth's Bericht: „Eine völlig befriedigende Beihilfe seitens der gemeindlichen Behörden wird das Verhältnis der ortspolizeilichen Organe zu den Betriebsunternehmern freilich niemals erwarten lassen.“ Ja, ja, wenn der Fabrikpasha z. B. gleichzeitig Bürgermeister, oder der Bürgermeister Duzkrunder des Fabrikdirektors oder Aktionär der Spinneret ist, welche der Beaufsichtigung unterliegt, da kann man sich leicht ein deutliches Bild darüber machen, wie das Verhältnis zwischen Betriebsunternehmer und Ortspolizei aussieht.

„Die Stellung zu den Arbeitgebern blieb unverändert. Sehr viele derselben fördern durch ihr Verhalten die Aufschichtstätigkeit ganz wesentlich. Wieder andere bereiten derselben Schwierigkeiten, theils absichtlich in Folge ausgeprägter Abneigung gegen die unerwünschte Kontrolle, theils aus Gleichgültigkeit, oder aus einer nicht zu entschuldigenden Unkenntnis ihrer Pflichten. Nicht unerwähnt für die Beurteilung der charakteristischen Auffassung, wie sie mitunter noch in Unternehmerkreisen bezüglich des Zweckes und der Rechte der staatlichen Gewerbeaufsicht besteht, mag hier bleiben, daß sich eine päpstliche Fabrikdirektion deshalb beschwerte, weil ihre Erlaubnis zur Vornahme einer Betriebsrevision nicht ausdrücklich eingeholt worden ist. Nicht nur eine Fabrikdirektion in der Pfalz hat sich hierüber beschwert, sondern auch eine solche in der Industrie-Empore Nürnberg und, was weit schlimmer,

die Behörden, der „freisinnige“ Stadtmagistrat, und die Kreisregierung haben diese fabriksherrliche Auffassung bestätigt! D. (Hieb.) Im Uebrigen hängt, wie einmal sehr treffend gesagt wurde, das Verhältnis zu den Arbeitgebern meistens von dem jeweiligen Ergebnis der Inspektion ab. Eine gewisse Verschärfung dieses Verhältnisses dürfte insofern zu gewärtigen sein, als die Aufschichtsbeamten von nun an sich nicht mehr werden enthalten können, gegen fortgesetzt faunselige Unternehmer energischer mit Strafanträgen vorzugehen. Andererseits gibt das allmählich intensiver eingreifende der Beamten in die Betriebsverhältnisse, neuerdings in größerem Umfange auch in das Genehmigungsverfahren bei Baugesuchen, Anlaß, daß die Arbeitgeber der Gewerbeinspektion erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und sich in Folge davon in bessere Fühlung mit ihr setzen.“

Sehr interessant sind auch die Ausführungen des Berichts über die Beziehungen der Inspektoren zu der Arbeiterschaft und deren Organisationen, sowie über den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit. Wir müssen uns jedoch die Besprechung dieser Theile des Berichts, sowie die speziell auf die Metallarbeiter bezüglichen Angaben usw. für einen weiteren Artikel vorbehalten.

Die tägliche Arbeitszeit in der deutschen Industrie.

Da in Folge des erneuten wirtschaftlichen Aufschwungs die Arbeiter überall sich rühren, um eine Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, so ist es auch recht zeitgemäß, dieselben etwas näher zu befehen. Eine Hauptforderung der diesjährigen sozialen Kämpfe ist, wie dies seit Jahren, namentlich seit Aufstellung der Achtstundentags-Forderung auf dem 1889 in Paris abgehaltenen internationalen Sozialisten-Kongresse, der Fall, die Verkürzung der Arbeitszeit. Je nach dem Staude der Dinge in den verschiedenen Berufen und Orten wird der zehn-, neun- und auch achtstundentag gefordert.

Die im vorigen Jahre von den deutschen Fabrikinspektoren gemachten Erhebungen über die Durchführung und die Wirkungen der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen haben auch eine Darstellung der üblichen Arbeitszeiten zur Folge gehabt. Wir erfahren da, daß in einem großen Theile Deutschlands, so in den Fabrikinspektionskreisen Breslau, Liegnitz, Merseburg, Wiesbaden, Leipzig, Meissen, Döbeln, Zittau, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und Lübeck, in den weitaus meisten Betrieben von den erwachsenen männlichen Arbeitern täglich 10 bis 11 Stunden ausschließlich der Pausen gearbeitet wird; eine effektive Arbeitszeit über 11 Stunden kam in nur seltenen Fällen vor und ist hauptsächlich in Mahlmühlen, Schneidemühlen, Ziegeleien, Steinbrüchen, Brauereien, Thonwarenfabriken und auch in den öffentlichen Schlachthäusern einiger Städte beobachtet worden. Im Bezirk Berlin und Charlottenburg hatten von den Fabrikarbeitern 0,4 Prozent eine Arbeitszeit von 7 St., 0,05 Prozent eine solche von 7 1/2, 1,3 Prozent von 8, 3,1 Prozent von 8 1/2, 12,9 Prozent von 9, 19,8 Prozent von 9 1/2, 54,5 Prozent von 10, 3,9 Prozent von 10 1/2, 2,8 Prozent von 11, 0,2 Prozent von 11 1/2, 0,7 Prozent von 12 und 0,4 Prozent von über 12 Stunden. Wenn diese Erhebungen nur einigermaßen vollständig sind, so steht es in Bezug auf Arbeitszeit im Berlin-Charlottenburger Bezirk nicht ungünstig, denn nur 8 Prozent der Betriebe haben eine Arbeitszeit von über 10 Stunden. Sehr ungünstig ist freilich, daß 1,3 Prozent noch mehr als 11stündige Arbeits-

zeit haben, denn diese sollte in unserer Zeit in den Fabriken gar nicht mehr vorkommen. „Sie dächten an die Zwölfstundenarbeit wie an eine Zuchthausarbeit zurück“, sagten die Arbeiterinnen dem habsischen Fabrikinspektor bezüglich des Elftundentages. Man darf sich überzeugen halten, daß die gleiche Meinung alle Arbeiter und Arbeiterinnen haben, welche noch länger als 11 Stunden arbeiten müssen und sie dürfte selbst anzutreffen sein da, wo länger als 10 Stunden gearbeitet wird. — Die längsten Arbeitszeiten kommen im genannten Bezirke in der Textil-, in der Nahrungs- und Genussmittel- (Fabrikation feiner Fleischwaren) und in der Bekleidungsindustrie vor. Im Bezirk Silbesheim ist in 82 Prozent aller Anlagen die Arbeitszeit auf 10—11 Stunden beschränkt. Im Bezirk Trier hatten von 106 Fabriken, die eine Arbeitsordnung aufzustellen verpflichtet waren, nur 11 eine Arbeitszeit über 11 Stunden, darunter 3 Ziegeleien und 3 Brauereien; in der Oberpfalz nur 5 unter 112 Betrieben mit Arbeitsordnung. Im Bezirk Chemnitz betrug die Arbeitszeit in der Textilindustrie, wenn voll gearbeitet wurde, meistens 11, in der Maschinenindustrie dagegen kam eine 11 Stunden übersteigende Arbeitszeit im Bezirk Aachen vor. Der Aufschichtsbeamte sagt: „Die wirkliche tägliche Arbeitszeit der Erwachsenen an Wochentagen mit Ausnahme der Vorabende von Sonn- und Festtagen ausschließlich der Pausen beträgt: 12 Stunden und mehr in 79 Arbeitsordnungen (darunter 64 Textilbetriebe, in denen jedoch nur vereinzelt die Arbeitszeit länger als 12 Stunden dauert!), 11 1/2 bis 11 1/4 in 42 (darunter 28 Textilbetriebe), 10 3/4 bis 11 Stunden in 171 (darunter 82 Textilbetriebe), 10 1/4 bis 10 1/2 in 74, 10 in 71 und 9 bis 9 1/2 in 5 Arbeitsordnungen.“

Der Fabrikinspektor in Bremen fand, daß in den Arbeitsordnungen für 9046 von 10857 Arbeitern Bestimmungen über die Arbeitszeit enthalten sind. Darnach arbeiten 7,8 Prozent (= 707) Arbeiter von 8 1/2 bis 9 Stunden, 65,6 Prozent (5993) von 9 1/2 bis 10 Stunden, 21,5 Prozent (1937) 10 1/2 bis 11 Stunden und 5 Prozent (449) 11 1/2 bis 13 Stunden! Nach abwärts sind diese Zahlen über die Arbeitszeit nicht ungünstig, dagegen nach oben geradezu barbarisch. — Die durchschnittlich 13stündige Arbeitszeit ist in den Ziegeleien üblich; in den Brauereien arbeitet ein kleiner Prozentsatz Drauburschen zc., sogar noch länger, wenn man die häufigeren Pausen einbezieht.

Von langen Arbeitszeiten in den Ziegeleien, Brauereien und Mühlen berichten auch noch andere Aufschichtsbeamte, so ber in Potsdam, Frankfurt a. O., Posen, Schleswig, Lothringen zc. 14, 16 bis 18 Stunden dauert da nicht selten die tägliche Arbeitszeit. Die Bemühungen der Aufschichtsbeamten um Verkürzung dieser barbarischen Arbeitszeiten blieben leider erfolglos, „weil die größtmögliche Ausnutzung der Arbeitskräfte während der Sommermonate Hauptbedingung für einen Nutzen bringenden Betrieb sei.“ Zwingenber kann die Nothwendigkeit, den gesetzlichen Elftundentag für die Arbeiterinnen auch auf die erwachsenen männlichen Arbeiter auszudehnen, nicht mehr dargelegt werden. Uebrigens wird z. B. im Potsdamer Aufschichtsbezirk im Allgemeinen zwischen 11 und 12 Stunden gearbeitet. In den Zuckfabriken zu Wittstock beträgt die tägliche Arbeitszeit durchschnitts 12 Stunden. Sie währt im Sommer von Morgens 5 bis 7 Uhr Abends, im Winter von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends bei zusammen zweistündigen Pausen. Die Arbeitszeit in den Zigarettenfabriken ist ziemlich gleich-

mäßig, in den größeren Betrieben 9 1/2 bis 10 Stunden.

Im Posener Aufschichtsbezirke beträgt die Arbeitszeit im Allgemeinen 10 bis 11 Stunden; in Getreidemühlen und Sägewerken dagegen 16 bis 18 Stunden. Der Maschinist eines öffentlichen Schlachthaus stand, wie er berichtet, an heißen Tagen meist 18 Stunden lang im Dienste, die Lokomotivführer der zu einer Zuckfabrik gehörenden Nebenbahn sollen angeblich in der vergangenen Campagne (1894) zuweilen während eines Tages und zweier Nächte nicht zu Bett gekommen sein. „Daß bei solcher Beschäftigungsbauer Unglücksfälle durch Anspannung und Unachtsamkeit der Maschinisten leicht vorkommen, ist erklärlich.“

Zwei Arbeitswochen in einer Woche leisteten die Zuckerbodenarbeiter in Mecklenburg, indem sie 124 Stunden lang arbeiteten; sie verdienten dabei 40 M., gleich 32 S per Stunde.

Dem lothringischen Aufschichtsbeamten gegenüber meinte ein Knecht in einer Mühle, der bis zu 18 Stunden täglich arbeiten mußte, daß hier die „Ordnung“ einschmelzen müßte. In einem Stahl- und Walzwerk besaß ein Aufschichtsbeamter war ein Arbeiter beim Warten des Glühofens bei 40 Stunden beschäftigt. „Der Mann war vollständig übermüdet und konnte mir kaum mehr Auskunft auf die gestellten Fragen erteilen. Dennoch wollte er von einer Abbitung nichts wissen, da er, bei dem schlechten Geschäftsgang dieses Werkes, nur wenige Jahre im Monat arbeiten konnte. Ueberweltliche Arbeit konnte sich dieser Arbeiter nicht suchen, da er eine kleine Pension berechtigung nicht aufgeben wollte.“

— Die traurigen Folgen der bekannten „Wohlfahrts“-Politik in den Fabriken, welche den Arbeiter an die Scholle fesselt, zeigen sich in vorstehendem Falle in recht drastischer Weise. Eine erfreuliche Mittheilung macht der Schleswiger Aufschichtsbeamte von der Norddeutschen Zuteilspinnerei in Schiffbeck, welche am Samstag Vormittag nur 5 Stunden arbeiten läßt und den Nachmittag frei gibt. Von Interesse ist auch, was aus Dortmund berichtet wird. In einer dortigen Maschinenfabrik wurde wegen mangelnder Aufträge auf Wunsch der Arbeiter zeitweise in achtstündigen Arbeitschichten gearbeitet. Dabei erzielte der einzelne Arbeiter einen durchschnittlichen Stundenlohn von 38—40 M., während er in der 10stündigen Schicht unter gleichen Verhältnissen nur 33—36 S verdiente. Im Leipziger Aufschichtsbezirke erboten sich die Arbeiter einer Maschinenfabrik in Folge unzureichender Beschäftigung anstatt 10 nur 9 Stunden zu arbeiten. Nachdem die gesammte Arbeiterschaft einige Wochen mit verkürzter Arbeitszeit thätig gewesen war, stellte sich bei Berechnung der Stücklöhne heraus, daß, obgleich in jeder Woche gegen 6 Stunden weniger gearbeitet worden war, der Verdienst — also auch die Produktion — eine Verminderung nicht erfahren hatte. Die gleiche Erfahrung machte eine Warenwarenfabrik im Chemnitzer Aufschichtsbezirke bei Reduktion der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden. Die Arbeiter erzielten die gleiche Leistung und den gleichen Verdienst. Auch dem lothringischen Fabrikinspektor berichteten zwei Betriebsleiter von einer Drahtwalzerei und einer Plüschweberei, daß eine eingeführte Arbeitszeitreduktion weder die Produktion noch den Arbeitsverdienst vermindert habe.

Das sind ungemein lehrreiche praktische Erfahrungen, welche die gerade von den Unternehmern oft verspottete Theorie, daß in vielen, ja in den meisten Industrien, in kürzerer Arbeitszeit das gleiche geleistet werde, wie bei längerer Arbeitszeit, als richtig bestätigen. Die ge-

gebene Anwendung sollte für die Gesetzgebung mindestens die Ausdehnung des gesetzlichen Elftundentages auf die erwachsenen männlichen Arbeiter sein. Diese Ausdehnung könnte um so leichter geschehen, als nach den amtlichen Feststellungen eine mehr als 11stündige Arbeitszeit nur noch in sehr kleinem Umfange besteht und ferner diese längere Arbeitszeit beim heutigen Stande der Technik ein Stück Barbarei gegenüber der Arbeiterschaft ist.

Ein billigeres Stück Sozialreform — denn diese Frucht ist wirklich überreif — als die Ausdehnung des gesetzlichen Elftundentages auf sämtliche erwachsene männliche Arbeiter könnte der deutsche Reichstag und Bundesrath kaum bieten. Sollten nicht unsere Genossen im Reichstag dazu den Aufstoß geben wollen?

Zentralisation der Streikmittel

Ist der Zweck eines dem nächsten Gewerkschaftskongresse zur Berathung vorgelegten Antrages der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf „Gründung eines Streik-Reservefonds“. Die Ursachen, die die Generalkommission zur Ergreifung der Initiative nach dieser Richtung veranlassen, werden von ihr selbst als folgende angegeben:

- 1) Die Anfrage verschiedener Zentralvereinsvorstände, ob sie in dieser Richtung einen Antrag vorbereiten wollen und die Aussicht, daß eventuell diese Vereine selbst diesbezügliche Anträge stellen werden;
- 2) Verschiedene an die Generalkommission gerichtete, aber unter Hinweis auf die letzten Kongressbeschlüsse von ihr abgelehnten Gesuche um Streikunterstützung;
- 3) der Umstand, daß die Zahl der in Folge Unterstützungsmangels verlorenen Streiks keine kleine ist;
- 4) daß eine gefüllte Reservefondskasse dazu beitragen wird, die Anzahl der Streiks zu vermindern, weil der Unternehmer es sich überlegen wird, ehe er einen Kampf beginnt oder beginnen läßt.

Die Generalkommission erläutert sodann an sorgsam zusammengestellten Tabellen die Wirkung ihres Vorschlages und unterbreitet zum Schluß den Antrag in Form eines „Regulativs für einen Streik-Reservefonds der Gewerkschaften Deutschlands“ diesen zur Diskussion und Kritik.

Die wesentlichen Bestimmungen dieses Regulativs, das ein Jeder in Nr. 11 S. 4 dieser Zeitung nachlesen kann, sind kurz folgende:

Der Streikreservefonds wird von der Generalkommission, gesondert von den übrigen Einnahmen, verwaltet. Zum Beitritt zu demselben sind alle gewerkschaftlichen Vereinigungen, die den Kongressbeschlüssen entsprechend Quartalsbeiträge an die Generalkommission entrichten, berechtigt.

Der Beitrag jeder Gewerkschaft beträgt pro Quartal und Mitglied 50 J.

Die beteiligten Gewerkschaften erhalten aus dem Reservefonds für jedes im Streik befindliche Mitglied, welches mindestens 26 Wochen der gewerkschaftlichen Organisation angehört, für je 6 Arbeitstage 5 M. Streikunterstützung.

Die Berechtigung der Unterstützung beginnt für eine Gewerkschaft, nachdem sie mindestens 2 Quartalsbeiträge geleistet hat, sie erlischt, sobald sie den fälligen Quartalsbeitrag nicht entrichtet hat. Stundung der Quartalsbeiträge kann nur durch Abstimmung der Vorstände erfolgen, und zwar müssen die dafür stimmenden Vorstände mindestens 2/3 der Mitglieder, die zum Fonds steuern, vertreten.

Die Beitragspflicht wird durch eine Arbeitseinstellung nicht unterbrochen.

Die Entscheidung über die Streiks liegt bei den Vorständen, nur ist bei größeren Angriffstreiks eine vorherige Verständigung mit der Generalkommission nötig. Den Vorständen erwächst die Pflicht pünktlicher wöchentlicher Bericht-

erstattung an die Generalkommission und Bestreben ist befugt, eventuelle Vergleichsversuche vor und während des Streiks zu machen und je nach Befinden die Mittel zum Weiterstreiken zu verweigern. —

Was nun die Begründungen betrifft, mit denen die Generalkommission ihr Vorgehen in dieser Richtung erklärt, so können wir getrost davon absehen, auf dieselben im Einzelnen einzugehen. Ebenso verlohnt es nicht der Mühe, zu untersuchen, warum und inwieweit gerade die „mehrfach an die Generalkommission gerichteten Anfragen, ob sie die Initiative ergreife“, mitbestimmend gewesen sind. Für uns soll es sich in Nachstehendem nur darum handeln, zu prüfen, ob denn wirklich der beabsichtigte Weg der richtige ist und ob das vorgeschlagene Mittel tatsächlich den Erwartungen entsprechen wird, die die Generalkommission an sie stellt.

Wir vermögen uns nun nicht zu der Ansicht aufzuschwingen, daß die Streik-Reservekasse in dem Maßstabe eine Werbung zum Bessern mit sich bringen wird, wie die Generalkommission sich dies zu rechtlegt. Es mag ja immerhin sein, daß die Zahl der Streiks, die durch mangelnde Unterstützungen verloren gehen, nicht unbedeutend ist, aber so bedeutend, wie es nach den Ausführungen der Generalkommission scheinen möchte, ist sie jedenfalls nicht, sondern die Mehrzahl der Streiks geht, das haben gerade die letzten Erfahrungen bewiesen, verloren, weil die Zahl der Indifferenten, der Organisation noch Fernstehenden eine so große ist. Dieser Umstand wird auch durch einen zentralisierten Streikfonds nicht aus der Welt geschafft. Es kommt die Begründung eines solchen mit den angeführten Ursachen nur lediglich darauf hinaus, daß man zugibt, daß die Bedeutung der Gewerkschaften im Allgemeinen heutzutage in Folge ihrer geringen Leistungen eine sehr geringe ist und daß, so lange ihre Leistungen noch so geringe sind, vorerst nicht auf einen Aufschwung der Gewerkschaften zu rechnen ist.

Diese Ausichtslosigkeit ist mithin unseres Erachtens der wichtigste Beweggrund für das Vorgehen mit diesem Antrag. Man sieht ein, daß die Mehrzahl der heutigen Gewerkschaften große Streiks nicht führen können und sucht nun diesem Mangel in dieser Weise abzuhelfen.

Dieser Weg scheint uns aber total falsch, weil der Streikfonds für die Durchführbarkeit eines Streiks erst in zweiter Linie in Betracht kommt. Wir geben ohne Weiteres zu, daß die Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer Lage und Durchführung ihrer Kämpfe der Mittel nicht entbehren kann, daß ihr im Weiteren diese Kämpfe bedeutend leichter werden, je reichlicher sie mit Mitteln versehen ist, aber bedeutend wichtiger für den Erfolg ist die moralische Befähigung der Kämpfer; gerade das ist der wunde Punkt am Gewerkschaftskörper, den auch ein großer Fonds nicht beseitigt. Genau so wie im Kriege eine Schlacht von den Soldaten gewonnen wird durch den Muth und die Disziplin, oder wie man es sonst nennen mag, und nicht nur mit Pulver und Blei, genau so bedarf die Arbeiterklasse auf dem wirtschaftlichen Kampfgebiete der Schulung, der Disziplinierung, kurzum der moralischen Qualifikation, ohne die trotz der reichlichsten Unterstützung ein Kampf verloren gehen muß.

Ebenso ist es mit der Stellung des Unternehmers zum Arbeiter gegenüber. Daß sich die Unternehmer durch eine gefüllte Streikkasse einschüchtern lassen, mag hin und wieder vorkommen, die Regel ist es aber nicht; wohl aber kann man sagen, daß eine gut geschulte Arbeiterklasse den Unternehmer ohne jeden Kampf, ohne Streikkasse zu Konzessionen zwingen kann. Der Unternehmer wägt, was leider nicht bei allen Arbeitern der

Fall ist, die Chancen in einem Kampfe vorher genau ab, die wichtigste und wesentlichste Frage ist die: „Sind die Leute einig?“ Muß er diese Frage bejahen, so wählt er von zwei Uebeln das kleinere, hat er aber noch irgend welche Aussichten, die Einigkeit seiner Gegner über den Haufen zu werfen, so thut er es. Und leider nur zu oft erreicht er durch Feilschen und Schachern seinen Zweck, noch ehe der Kampf richtig begonnen hat. Würden die Unternehmer sich durch hohe Streikkassen einschüchtern lassen, so müßten die Gewerkschaften mit gefüllten Streikkassen von Kämpfen mehr verschont bleiben als die ohne solche. Die Geschichte lehrt uns aber, daß dies nicht der Fall ist, daß im Gegentheil die finanziell gut gestellten Gewerkschaften ebenso viele, vielleicht noch mehr Kämpfe zu bestehen haben, wie alle übrigen. Um dies zu erkennen, bedarf es nicht einmal eines Blickes nach England, wo den Gewerkschaften mit ihren gut bestellten Kassen kein Kampf erspart geblieben ist: der Anfang dieses Jahrzehnts stattgefundenen Streik der Buchdrucker lehrt uns zur Genüge, daß die Buchdrucker-Unternehmer ihre Rechnung auf den Unverstand der nichtorganisirten Arbeiter gesetzt haben. Auch der große von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands geplante Fonds wird dem großen Unternehmer, denn mit diesem sind die schwierigsten Kämpfe zu führen, nicht imponiren, dazu ist er viel zu sehr Finanzmann, um nicht herauszufinden, daß seine Million für ihn allein trotz seiner nicht bescheidenen Ansprüche weiter reicht als drei Millionen für 10—20 000 Arbeiter.

Sowelt, was die Gründe der Generalkommission zu dem Regulativ betrifft, zu dem sich im Allgemeinen nur sagen läßt, daß es in dieser Form für die meisten Gewerkschaften unannehmbar sein dürfte und zwar deswegen, weil die von den Gewerkschaften verlangten Beiträge zu hoch, die Leistungen an dieselben aber zu gering sind.

Nach den von der Generalkommission veröffentlichten Statistiken über die Leistungen der deutschen Gewerkschaften kam im Jahre 1894 in 21 von den 41 Gewerkschaften pro Mitglied ein Pfennigbeitrag von noch nicht 2 M., also noch nicht einmal der Betrag, der im Beitragsjahre an die Streikkasse zu zahlen wäre. Diese müßten also unbedingt, um sich der Streikkasse anschließen zu können, ihre Beiträge erhöhen. Dies gibt auch die Generalkommission selbst zu und meint dann weiter:

„Es muß doch schließlich einmal mit dem System gebrochen werden, daß bei jedem kleinen Streik Aufrufe zur Unterstützung erlassen und Sammellisten versandt werden. Und die organisirten Arbeiter werden bei dem Zeichnen auf den Listen durchgängig wohl größere Opfer bringen, als bei der vorgeschlagenen, regelmäßigen Beitragszahlung. Diejenigen, welche mit Pfennigbeiträgen eine Gewerkschaftsorganisation erhalten wollen und dann im Falle eines wirtschaftlichen Kampfes an die Gesamtheit der Arbeiterschaft um Unterstützung appelliren, werden allerdings bei Regelung der Streikunterstützung im vorgedachten Sinne genöthigt sein, gleichfalls erst etwas zu leisten, ehe sie eine Besserung ihrer Lebenshaltung mit Aussicht auf Erfolg zu erkämpfen suchen.“

Wenngleich wir ebenfalls der Ansicht sind, daß endlich einmal mit dem System der niedrigen Beiträge gebrochen werden soll, so bezweifeln wir dennoch, daß dies in nächster Zeit gelingen wird, und deswegen wird schon die Mehrzahl der Gewerkschaften der Streikkasse fern bleiben. Sodann aber ist nicht zu vergessen, daß gerade diejenigen Gewerkschaften, die einen so geringen Klassenbestand aufweisen, heute mit dem Ausbau ihrer eigenen Gewerkschaft so stark in Anspruch genommen

sind, daß eine Erhöhung der Beiträge, die doch nur schrittweise vorgenommen werden könnte, gerade genügen würde, um die auf die eigene Stärkung abzielenden Pflichten richtig erfüllen zu können. Die Erhöhung der Beiträge müßte also pro Mitglied eine ganz namhafte sein, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen.

Daß aber den Gewerkschaften eine Erhöhung der Beiträge bei der Aussicht auf eine wöchentliche Streikunterstützung von 5 M. als erstrebenswerth erscheinen sollte, ist füglich zu bezweifeln. Die Mehrzahl der Gewerkschaften zählt unseres Wissens heute schon im Durchschnitt das Doppelte und es müßten, um diese denn immerhin noch bescheidenen Unterstützungen leisten zu können, die Beiträge noch um ein Bedeutendes erhöht werden, sodas wir, anstatt der von der Generalkommission gerügten Pfennigbeiträge zu Beiträgen kommen würden, die zwar die Pfennigrubrik noch nicht verlassen, aber der ganzen Markt sehr nahe kommen dürften. Daß aber eine solche Beitrags-erhöhung nicht vorgenommen werden kann, ohne zur Heranziehung weiterer Mitglieder der die momentan materiellen Vortheile durch Ausbau des Unterstützungswezens zu erhöhen, liegt auf der Hand. Nur fragt es sich, ob man nicht richtiger auf dieses Ziel auf direktem als auf dem von der Generalkommission vorgeschlagenen Umwege zu gelangen suchen soll. Wir würden das Erstere vorschlagen, weil es für uns zweifellos feststeht, daß die von der Generalkommission beabsichtigte Gründung zum weiteren Ausbau der Gewerkschaften nicht beitragen, sondern, indem sie gleichsam ein Pfaster auf verschiedene Schäden am Gewerkschaftskörper darstellt, diese den Augen der Mehrzahl entziehen und Abhilfe unmöglich machen wird.

Weiter leidet das Regulativ an einem großen Fehler, und der besteht darin, daß es den außerordentlichen Ausgaben bei einem Streik keine Rechnung trägt. Es kommen leider bei Streiks sehr viele Ausgaben vor, die zum Streik gehören und die die Organisation auf sich nehmen muß. Mit der bloßen Garantie der Unterstützung an die Mitglieder ist nichts gethan. Wenn die Organisationen nicht auch in der Lage sind, den Bezug fern zu halten und eventuell ihn abzuschneiden, so wird der Streik dennoch verloren, trotz aller an die Mitglieder geleisteten Unterstützung. Also mit der Ignorirung der großen Zahl der Nichtorganisirten kommen wir hier nicht durch, im Gegentheil, wir müssen gerade diesen unsere Aufmerksamkeit zuwenden, um sie unschädlich zu machen.

Ist also nach all' diesem der Entwurf nicht geeignet, die heute bestehenden Mängel im Streikunterstützungswezen zu beseitigen, so wird er durch die von ihm eingeführte Schwerfälligkeit alles Andere, als was er darstellen soll. Den einzelnen Gewerkschaftsvorständen bleibt zwar das Recht der Entscheidung über Streiks unbenommen, aber das Hauptgewicht wird doch stets die Verwaltung der Streikkasse auf die Entscheidungen ausüben und das Recht der Entscheidung wird dadurch für die Vorstände um ein Bedeutendes beschnitten. Vorerst wird allerdings der Weg immer noch über die Vorstände hinweg zur Generalkommission führen, aber der Umstand, daß auch sie abhängig von der oberen Zentrale sind, daß dieser das Recht zusteht, eigenmächtig einzugreifen, zu schlichten, zu veröhnen und die Mittel unter Umständen zu verweigern, benimmt den einzelnen Organisationen ihre Selbstständigkeit. Und wenn heute vielleicht im Entwurf dies noch nicht klar ausgedrückt ist, so wird dies, sobald der Entwurf Regulativ geworden ist, doch seine notwendige unausbleibliche Folge sein, zumal da der Weg von den Streikenden zur Generalkommission ein bedeutend näherer ist als der zum Vorstand und

von dort zur Generalkommission. Letzterer Weg oder Instanzenzug ist übrigens so unständlich, daß er ein schnelles Handeln, wie es häufig bei irgend welchen Differenzen im Interesse der Einmütigkeit der Streikenden notwendig ist, vollständig ausschließt.

Nach all diesen Erwägungen können wir uns für den Plan der Generalkommission nicht erwärmen; wir wollen die Gründe, die uns dazu bestimmen, noch einmal kurz zusammenfassen.

Die einzige wirksame Hebung der Widerstandskraft der Gewerkschaften besteht in der Stärkung der einzelnen Organisationen, die nur durch den inneren Ausbau derselben erfolgen kann. Der Entwurf der Generalkommission ist nicht geeignet, diesen inneren Ausbau zu fördern. Seine Tendenz geht dahin, durch Zentralisation der Streikmittel den einzelnen Organisationen Pflichten abzunehmen, die sie selbst im Interesse ihrer eigenen Stärkung zu erfüllen haben.

Eine Zentralisation der Streikmittel im Sinne der Generalkommission legt den Schwerpunkt der Entscheidung über das Stattfinden eines Streiks in die Hände der Zentralleitung des Fonds und benimmt den einzelnen Organisationen ihre Selbstständigkeit.

Die zu gewährenden Unterstützungen sind vollkommen unzureichend. Eine Erhöhung derselben auf der vorgeschlagenen Grundlage würde die einzelnen Gewerkschaften zu einer namhaften Erhöhung der Beiträge zwingen, mit deren Hilfe jede einzelne Gewerkschaft im Stande wäre, selbst Entsprechendes zu leisten.

Als Vertreter des Industrieverbandes ist der Entwurf für uns schon deswegen unannehmbar, weil er auch eine Stärkung der einzelnen kleinen Berufsorganisationen, die sich, der technischen Entwicklung der Industrie entsprechend, ganz gut zu einem leistungsfähigeren Industrieverband vereinigen könnten, auf Kosten der übrigen bedeutet und somit eher einen Stillstand als einen Fortschritt darstellt.

Der Entwurf würde durch die einzuführende Schwerfälligkeit ein schnelles Handeln unmöglich machen, wodurch die Einmütigkeit der Streikenden gefährdet würde.

Darum sind wir der Ansicht, daß der einzig richtige Weg zur Kräftigung der Gewerkschaften der ist, daß jede einzelne Gewerkschaft sich auf eigene Füße stellt und allein die ihr erwachsenden Kämpfe zu führen sucht. Ist sie dazu nicht fähig, so mag sie, anstatt sofort an die Solidarität der anderen zu appellieren, selbst Mittel und Wege suchen, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Will sie das nicht, nun so mag sie es lassen. Die übrigen Gewerkschaften sind nicht dazu da, für diejenigen, die nicht sehen und aus den Verhältnissen nichts lernen wollen, Opfer zu bringen. Natürlich soll damit nicht gesagt werden, daß im Falle der Noth zur Führung eines Kampfes von bedeutendem Umfange, wo die Mittel der eigenen Organisation aufgebraucht sind, oder wenn Verhältnisse wie letzthin in der Konfektionsbranche eintreten, nicht die Solidarität aller Arbeiter eingreifen muß.

Erkennt man die Nothwendigkeit der Zentralisation der Streikmittel an, so muß man sie für alle anderen den Gewerkschaften erwachsenden Aufgaben ebenfalls anerkennen und dann nicht halb, sondern ganz zentralisieren! Will man das nicht, so lasse man es beim jetzigen Zustand und experimentire nicht am Gewerkschaftskörper herum, der so sehr der Noth zu seiner Entwicklung bedarf. Jedes Jahr kommt ein neues Projekt, bis jetzt ist aber noch nichts dabei für die Gewerkschaften herausgesprungen.

Darum fort mit allen Quacksalbereien und Konzessionen an den Indifferentismus und vor-

wärts auf dem realen Boden der Wirklichkeit im Kampfe gegen den Unverstand der Massen.

B. K.

Der Fortbestand der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

wird zur Zeit in den Mitgliederversammlungen der einzelnen Gewerkschaften lebhaft erörtert. In der Gewerkschaftspresse, speziell in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ ist es zwar bis jetzt noch verhältnismäßig still. Ob es wohl die Noth vor dem Sturme ist? Der neueste Vorschlag der Generalkommission betreffs Gründung einer „Allgemeinen Reservekasse für Streikunterstützung“ wäre allerdings wohl geeignet, auch in der Gewerkschaftspresse die Diskussion etwas reger zu gestalten. Die Kardinalfrage ist eigentlich immer noch die: brauchen wir eine Generalkommission oder brauchen wir keine? Diese Frage wird am besten beurtheilt werden können, wenn wir die Leistungen der Generalkommission näher besehen.

Für den Deutschen Metallarbeiterverband hat sie meines Wissens nur einmal ihre Thätigkeit entfaltet und zwar in den Disseeprovinsen. Allerdings ist ja richtig, daß von Seiten des Metallarbeiterverbandes die Generalkommission seither nicht mehr in Anspruch genommen wurde. Warum, ist leicht erklärlich. Weil eben der Verband selbst genügend agitatorische Kräfte besitzt, die aber jedenfalls mehr leisten können als die Generalkommissions-Agitatoren; schon aus dem Grunde, weil die eigenen Kräfte nur für den eigenen Verband agieren, während die Agitatoren der Generalkommission für verschiedene Konkurrenzorganisationen (wenn auch nicht auf ein und derselben Tour) agitieren müssen. Auf die Bedeutung des Wortes Konkurrenzorganisation erlauben wir uns später zurückzukommen.

Betrachten wir uns aber hingegen die Leistungen des Metallarbeiterverbandes an die Generalkommission, so sehen wir, daß die gegenseitigen Leistungen in einem riesigen Mißverhältnis zu einander stehen, wobei der Verband die nicht gerade geringe Beche bezahlen muß. Bis Schluß des Jahres 1896 werden die Verpflichtungen des Verbandes an die Generalkommission rund M 22 000 betragen. Davon sind laut „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 5 I. Bd. bis Jahreschluß 1895 15 366 M bezahlt. Von dieser Summe entfallen auf die Jahre 1893/94 8656 M. Nun hat aber der Verband in denselben Jahren eine gleich hohe Summe, nämlich rund 9000 M für Agitation ausgegeben. Folglich muß doch die eine oder andere Art Agitation unnötig sein; denn zweierlei System in der Agitation ist jedenfalls nicht gerade wünschenswerth. Da aber die eigene Agitation des Verbandes für diesen wohl die weitaus erspriechlichere ist, so wäre also diejenige der Generalkommission wohl zu entbehren.

Sicherlich ist hier der Einwurf berechtigt, daß die Generalkommission mehr für den Verband geleistet hätte, wenn sie darum angegangen worden wäre. Aber ist es denn nicht ein Unbding, daß, nachdem der Halberstädter Gewerkschaftskongreß sich speziell für die Industrieverbände ausgesprochen hat, die von diesem Kongreß auf's Neue eingesetzte Generalkommission auch noch weiter in der Ausbreitung der Branchenorganisationen ihre Thätigkeit und ihren Beruf sieht? Den Beweis für diese Behauptung zu erbringen, ist nicht gerade schwer. Darf man doch nur die Liste der bei der Generalkommission angemeldeten Organisationen und Organisationsgruppen betrachten, um die ganz merkwürdige Thatsache konstatieren zu können, daß davon 5 in die Metallindustrie, 7 in die Holzindustrie, 3 bezw. 5 in die Lederindustrie u.s.w. gehören.

Ein jeder dieser Verbände gehört aber doch sicherlich nur deshalb der Generalkommission an, um sich selbst zu kräftigen. Denn das Solidaritätsgefühl gegenüber anderen Gewerkschaften kann man sicherlich doch auch auf andere Weise betheiligen, als nur durch seine Zugehörigkeit zur Generalkommission.

Wenn nun aber z. B. eine jede dieser 5 Metallarbeiterorganisationen für sich agitiert haben will, so kann dies logischerweise nur immer auf Kosten der anderen geschehen, denn Neugewonnene werden sich wohl selten dazu verstehen, gleich zwei Organisationen beizutreten. Dies ist also doch sicherlich Konkurrenz, anders kann man dies nicht nennen. In Folge dessen ist aber auch die Thätigkeit dieser Generalkommissions-Agitatoren eine so vielseitige, daß nach keiner Seite hin ein allzu großer Erfolg erwartet werden darf. Dies hat die Generalkommission anscheinend auch selbst eingesehen und es wird deshalb der Antrag derselben auf Schaffung eines allgemeinen Streikfonds jedenfalls das Ergebnis der Erwägung dieser Thatsachen sein.

Auf das Regulativ, das die Generalkommission dem Gewerkschaftskongreß unterbreiten will, will ich kurz eingehen. Von vornherein muß man sich jedoch klar sein, daß dieses Regulativ nicht ganz auf derselben Grundlage aufgebaut ist, auf der heutzutage die Generalkommission basiert, insofern, als die Bethelligung an dem allgemeinen Streikfonds fakultativ und nicht obligatorisch vorgesehen ist. Die Generalkommission hätte also dann eine Doppelstellung. Es gäbe dann Gewerkschaften mit und ohne Zugehörigkeit zur Streikkasse und alle fühlten sich trotzdem durch ihre Zugehörigkeit zur Generalkommission als einig. Eine sonderbare Institution, fürwahr!

Was nun die Beiträge betrifft, so ist nicht zu übersehen, daß die Generalkommission gleich von einer Beitragserhöhung der meisten Organisationen spricht. Dies ist auch thatsächlich richtig. Um wie viel die Mitgliedsbeiträge beim Deutschen Metallarbeiterverband erhöht werden müßten, wenn die übrigen Leistungen des Verbandes die gleichen bleiben sollten, wollen wir kurz, soweit dies möglich ist, berechnen. Da die Generalkommission als Grundlage ihrer Berechnungen die verflochtenen Jahre hat nehmen müssen, müssen wir eben dies auch thun, weil ja auch faktisch keine anderen Zahlen zu haben sind. Darnach hat der Verband in den Jahren 1893/94 für Streiks rund 30 000 M ausgegeben. Dagegen hätte die an den Streikfonds zu zahlende Summe 80 000 M ausgemacht. Da aber aus dem Streikfonds nur 5 M pro Mitglied und Woche bezahlt worden wären, während der Verband 12 M an Beheirathete und 9 M an Ledige bezahlt, also durchschnittlich mehr als das Doppelte, so hätte der Verband höchstens 15 000 M zurückgehalten. Schwerlich würden sich aber die Mitglieder mit 5 M pro Woche zufrieden geben und hätte dann der Verband das Fehlende darauf zu legen, also in diesem Falle weitere 15 000 M, so daß von Seiten des Verbandes für 1893/94 im Ganzen 95 000 M für Streiks ausgegeben worden wären.

Obwohl durch die letzte Generalversammlung die Beiträge erhöht worden sind und dadurch die Schulden an die Generalkommission abgetragen und auch sonst das Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben hergestellt werden konnte, so ist zur Zeit laut den Monatsabrechnungen der Hauptkasse doch kein überschüssiges Geld vorhanden, was beweist, daß der Verband weder 1893/94 noch jetzt in der Lage, solche kolossale Summen an die Streikkasse abzuführen. Es müßte mindestens eine Beitragserhöhung von 5 M pro Mitglied und Woche erfolgen, was bei dem jetzigen festen Mitgliederstand von 25 000 jährlich die Summe

von 65 000 M beiragen würde, während an die Streikkasse 50 000 M für das Jahr 1896 zu zahlen wären.

Nun fragt sich's aber doch, in wessen Hand dieses Geld am besten aufgehoben wäre. Nebenfalls könnte der Verband mit solchen Summen selbst ganz Erspriechliches leisten. Auch würden die anderen Unterstützungen des Verbandes durch die Streikkasse selbstverständlich in keiner Weise verfehrt. Das Einzige, was durch den Plan der Generalkommission erzielt würde, wäre, daß die kleinen Branchenorganisationen auf Kosten der Industrieverbände sich stärken könnten, was aber weder im Interesse der Industrieverbände noch im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung sein kann.

Die Delegirten des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum Gewerkschaftskongreß würden sich angesichts dieser Thatsachen deshalb ein großes Verdienst für die allgemeine Arbeiterbewegung erwerben, wenn sie auf dem Kongreß nur für die Halberstädter Resolution eintreten würden, durch deren Verwirklichung dann sowohl Generalkommission als Generalstreikkasse überflüssig würden. Die Industrieverbände würden sich sicher schnell und kräftig entwickeln und würden für die Angehörigen der bisher noch schwach organisierten Industrien unzweifelhaft ein Ansporn sein, ebenfalls eine regere Thätigkeit zu entfalten. Daß diese letzteren auch ferner thatkräftig von den besser situirten Organisationen in ihrem Bestreben unterstützt würden, braucht wohl kaum betont zu werden.

Friedr. Schlienz.

Der Waarenmarkt.

Bereitigt Euch — so erschalt es aus allen Ecken und Enden. Ueberall wohin wir blicken sehen wir, daß die verschiedensten Berufsstände sich zusammenthun, um in allerlei Organisationsformen der stetig überhandnehmenden Konkurrenz zu begegnen, sich durch Preisfestsetzungen eine erträgliche Existenz zu suchen.

Es werden zu diesem Zweck Unternehmungskartelle, Trusts, Ringe und Verkaufsgenossenschaften gebildet, man tritt zu Aktiengesellschaften zusammen, um durch Konzentration der Einzelkräfte resp. Kapitalien die Macht zu bekommen, die Verkaufspreise einheitlich festsetzen zu können.

Die Zahl derjenigen Produzenten, welche allein im letzten Jahre sich zusammengeschlossen haben, um das was der einzelne nicht zu erreichen vermag — die Regelung der Verkaufspreise — mit vereinten Kräften zu erstreben, beträgt Legion. Die Fabrikanten von Stiegelglas, Gips, Grobseifen, Leder, Gutputz, Baumaterialien, Treibriemen, Schwelmen und die Bergwerksbesitzer bildeten Kartelle, Trusts oder Ringe, um diesen Zweck zu erreichen, die Naphtha-Industriellen, die Gerber, Tabakbauer, Glasindustriellen, Dampfschiffahrtsgesellschaften errichteten entweder gemeinschaftliche Verkaufsbureaus oder setzten Komitees ein, welche die Preise „regelten“, die Mastviehhändler verbündeten sich gegen die Fettviehproduzenten, um einheitliche Einkaufspreise zu erzielen, und diese letzteren wieder verbündeten sich untereinander gegen die ersteren, die Fleischexportfirmen in Chicago machten zu gleichem Zwecke mit den Viehhändlerbesitzern und Viehhändlern gemeinschaftliche Sache. Die Agrarier haben einen Bund gegründet und schreien nach Staatshilfe, sie wollen auf Kosten der Allgemeinheit ihren standard of life erhöhen und die Getreidehändler thun dergleichen, bei ihnen konzentriert sich das Denken lediglich auf Hebung der Blüthe des Handels. Wenn nur der Handel blüht, ob die übrige Bevölkerung dabei zu leben hat, das kümmert sie nicht. Wer bei diesen Organisationen nicht auf seine Rechnung zu kommen glaubt, der legt sein Geld in kapitalkräftigen Aktiengesellschaften an und diese vereinigen sich wieder, um noch kapitalkräftiger und machtgebender zu werden und einzelne Gebrauchsgegenstände zu monopolisieren, so das Petroleum. Und wo die eigene Kraft nicht zureicht, da wird — wie seitens der Agrarier und Brauntweinbrenner — die Hilfe des Staates angerufen. So sind die Zuckerfabrikanten eben im Begriffe, dem Staate, d. h. der gesammten werththätigen Bevölkerung, ein Mehr von etwa 50 bis 60 Mill. Mark herauszupressen. Und diese werththätige Bevölkerung gibt das letzte was sie hat an direkten und indirekten Steuern dahin.

Unter solchen Umständen ist es ganz be-

greiflich, daß die Handwerker, wie Schuhmacher, Schneider und Detailhändler usw. auch ihrerseits die ihnen überkommenen Lasten auf die breiten Schultern der großen Masse abzuladen suchen und so gingen in den letzten Jahren die Detailpreise rapid in die Höhe. Zu den wunderbarlichsten Vorkäufen kommen die Händler, die nur dazu dienen können, das Uebel noch schlimmer zu machen. Wir erinnern z. B. an den Kampf gegen die Konsumvereine, der nach berühmten Mustern, wie es die Agrarier als Butterhändler gegeben haben, indem sie gegen die Margarine zu Felde zogen, geführt wird.

Wagt es nicht auf der Hand, daß der Arbeiterstand als der Hauptkonsument sich dem allgemeinen Ringen ums Dasein anschließen muß, wenn es besser werden soll?

Im falsch verstandenen Interesse bekämpft man aber diesen wirklichen Arbeitgeber, man schneidet ihm die Möglichkeit ab, sich an dem Ringen thätig zu beteiligen, ja man gönnt ihm nicht einmal die kleinen Mittel — wie Konsumvereine u. dgl. — die dazu dienen sollen, nur etwas Oberwasser zu behalten und das zu Gunsten des sog. Mittelstandes, der angeht der gewerblichen Entwicklung nicht mehr leben kann und doch nicht sterben will.

Was den Industriellen Recht ist, ist den Arbeitern bläulich. Koalitionen sind die ersten, um die Waarenpreise nach ihren Bedürfnissen zu regulieren, warum soll der Arbeiter seine Waare, die Arbeit, nicht so theuer als möglich, mindestens aber nach dem Preise verkaufen, der zu seiner Existenz notwendig gehört?

Aufgabe des Arbeiterstandes ist es daher, trotz alledem und alledem den Kopf oben zu behalten. Bei ihm handelt es sich nicht um ein Phantom, wie einem solchen der sogenannte Mittelstand nachjagt, sondern um seine Existenz und diese ist die Existenz der ganzen menschlichen Gesellschaft in sich. Das Paradoxon: „Wenn der Bauer Geld hat, dann hat es die ganze Welt“, hat sich überlebt, es heißt jetzt: „Wenn der Arbeiter Geld hat, dann hat es die ganze Welt.“

Die Arbeiter erfüllen aus diesem Grunde nur eine Kulturtaufgabe, wenn sie energisch und unermüdet für Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit eintreten.

(„Correspondent für Deutschl. Buchdrucker.“)

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Bekanntmachung.

Hinsichtlich der Befreiung von Beiträgen existieren noch verschiedentlich falsche Vorstellungen und sei diesen hier entgegengetreten.

Eine ganze Anzahl Verwaltungen scheint anzunehmen, daß die Beitragsbefreiung ohne Weiteres bei Krankheit, Arbeitslosigkeit etc. eintritt. Dies ist nicht der Fall, sondern nur auf Verlangen des betreffenden Mitgliedes kann nach § 9 Abs. 2 des Statuts die Ortsverwaltung (nicht der Bevollmächtigte oder Kassierer allein) die Beitragsbefreiung beschließen und den Kassierer anweisen, daß die entsprechende Anzahl beitragsfreie Marken dem Mitgliede verabfolgt resp. in das Buch geklebt werden. Der die Beitragsbefreiung ausführende Beschluß der Ortsverwaltung ist von dem Erbringen des Nachweises der Krankheit oder Arbeitslosigkeit abhängig zu machen. Ueber die beitragsfreien Marken ist Rechnung zu legen, genau so wie über gewöhnliche Beitragsmarken und es ist Pflicht der Revisoren, sich auch über sie die Abrechnung vorlegen zu lassen.

Da nach dem Statut den Ortsverwaltungen das Recht zur Beitragsbefreiung eingeräumt ist, erlaßt sich hieraus von selbst, daß an allen Orten, wo Verwaltungen nicht bestehen, sondern die Mitglieder als Einzelmitglieder (ganz gleichgültig, ob mit oder ohne Vermittlung eines Vertrauensmannes, Bevollmächtigten etc.) an den Vorstand ihre Beiträge entrichten, auch nur dieser sie von den Beiträgen befreien kann. Aus diesem Grunde sind den Bevollmächtigten in Sachsen, und sonstigen bestellten Vertrauensmännern keine beitragsfreien Marken zu stellen, sondern erhalten diese sie erst für jeden einzelnen Fall abgezählt zugestellt. Wünscht also ein Einzelmitglied Beitragsbefreiung, so hat es, oder an Orten mit bestellten Bevollmächtigten, Vertrauensmännern etc., dieser die Beitragsbefreiung besonders zu beantragen. Der betreffende Antrag muß enthalten: den Vor- und Zunamen, den Stand des um Beitragsbefreiung ersuchenden Mitgliedes, die Hauptnummer seines Mitgliedsbuches, die Zahl der Wochen, für welche die Beitragsbefreiung stattfinden soll, und die Angabe der Monate, in welche diese Wochen fallen. Ferner: die Ursache der Beitragsbefreiung, sowie etwaige Belege, Ausweise über dieselbe. An Orten mit bestellten Vertrauensleuten, Bevollmächtigten etc. genügt die Angabe, daß die Ursache durch angeführte Ausweise nachgewiesen worden ist.

Nachstehend geben wir zum besseren Verständnis ein Beispiel für die Abfassung eines solchen Antrages.

Für Einzelmitglieder ohne Verwaltungen des Bevollmächtigten:

Unterzeichneter, Schlosser Ernst Metz, Eingetretener unter Mitgliedsbuch Nr. 5240, beantragt hierdurch nach § 9 Abs. 2 des Statuts unter Vorzeigen des ärztlichen Behandlungsscheines für die Dauer seiner Krankheit Befreiung von den Beiträgen auf die Dauer von 7 Wochen von der zweiten Woche im Juli bis zur letzten Woche im August 1895.

Datum. Namensunterschrift.

An Orten, wo Bevollmächtigte, Vertrauensmänner etc. bestellt sind, lautet der Antrag ebenso, nur fällt das Wort „Unterzeichneter“ fort und ist statt „unter Vorzeigen des ärztlichen Behandlungsscheines“ zu setzen „unter Vorzeigen“ und kann in diesem Falle eine Postkarte benutzt werden, da die Einsendung des Mitgliedsbuches unterbleiben kann.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß durch die Ermächtigung der Ortsverwaltungen, Beitragsbefreiungen selbstständig vorzunehmen zu können, ihnen das Recht der Einbindung von Beiträgen zwecks späterer Nachzahlung unbenommen bleibt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160, 1,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Die Spangler Eduard Reiter aus Rosenheim, Buch-Nr. 97 285, und Gustav Augustin aus Ulm, Buch-Nr. unbekannt, werden um Angabe ihrer Adressen gebeten. Mitglieder, die zur Ermittelung derselben beitragen wollen und können, werden darum gebeten.

Der Schlosser Hugo Langer aus Breslau wird um Angabe seiner Adresse gebeten.

Verichtigung.

Zu der Abrechnung der Hauptkasse vom Februar in Nr. 11 d. Z. ist unter Einnahmen für Dresden 3. der Betrag von Mark 400 nachzutragen, welcher wohl im Klassenbestand enthalten, aber an der betreffenden Stelle nicht aufgeführt war.

Zuzug ist fernzubalten:

Mech- und Metallwaarenbranche nach Erlangen (Matth. Ernst Fischer) und Nürnberg (Varela, Schöner, Plant & Krauß, Mohr & Co.); von Schraubendrehern nach Dresden (Görlt); von Klempnern, Schnittarbeitern, Schleifern, Drehern und Druckern nach Berlin.

Zur Beachtung!

Der Osterfeiertag wegen ersuchen wir, die Anzeigen für Nr. 15 so zeitig abzuschicken, daß sie Samstag, den 4. April Morgens in unseren Händen sind.

Die Expedition.

Korrespondenzen.

Formex.

München. Die Sektion der Formex hielt am 8. März ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Bezüglich der Wünsche in der Eisenindustrie Heilbronn erstattete die Kommission Bericht über die Verhandlungen vom 1. März mit der Firma. Göhrhardt berichtete, daß die Kommission zunächst fragte, ob es im Auftrage der Firma gelte, daß Meister Neumeier keinen organisierten Kollegen mehr einstelle. Dies wurde von dem Chef der Firma verneint, indem er erklärte, daß es ihm gleichgültig sei, ob einer organisiert sei oder nicht. Es wurden nun noch verschiedene Wünsche angeführt, welche von dem Chef sowohl als vom Meister als unweil beantwortet wurden. Am Schluß seiner Berichterstattung forderte nun Göhrhardt die Kollegen auf, sich jetzt auszusprechen, ob die Sache so sei, wie ihnen vom Meister Neumeier und von Herrn Heilbronn mitgeteilt wurde. Hierauf wendeten sich verschiedene Kollegen zum Wort. Ein Redner führte an, daß es um Wahrheit beruhe, daß Meister Neumeier gesagt habe, er werde keinen organisierten Formex mehr einstellen und daß er auf den Verband pfeife. Ein zweiter Redner führte an, daß

er Platten à 7 M. gemacht habe; zu zwei Stück habe er zwei Tage gebraucht. Meister Neumeier habe ihm zur zweiten 4 Stunden geholfen und für diese 4 Stunden ihm 4 M. abgezogen. Ein dritter Redner führte an, daß er Mohre zu machen bekommen habe, und daß er mit Meister Neumeier einen Akkordpreis von 3 M. zu 100 Kilo vereinbart habe. In den ersten Wochen habe er an die 30 M. verdient. Hieraus sagte Meister Neumeier zu ihm, daß dies noch Alles nicht sei, er müsse noch mehr machen und wenn er 80 M. verdiene, so sei es nicht zu viel. Der Kollege brachte aber beim besten Willen nicht mehr fertig. In der dritten Woche wollte nun Neumeier, ohne daß der Kollege mehr gemacht hatte, von 100 Kilo 60 S abziehen. Dies ließ sich natürlich der Kollege nicht gefallen und sagte dem Meister, daß er keine Mohre mehr in Akkord machen werde. Eine halbe Stunde darauf sei dann der Meister wieder zu ihm gekommen und habe gesagt, er solle ja nichts sagen, daß er abgezogen habe, er wolle ihm wieder 10 S drauflegen, also für 100 Kilo 2,50 M. geben. Darauf erklärte der Kollege, daß er in Akkord überhaupt nichts mehr mache und daß er im Tagelohn weiter arbeite. Der Kommission hatte Meister Neumeier erklärt, daß der Kollege nun im Tagelohn gerade so viel mache wie in Akkord und daß er 8 M. für 100 Kilo bezahle und daß sich der Kollege, trotzdem er an 30 M. verdient habe, weigerte in Akkord zu arbeiten. Von einem Abzug sagte Neumeier der Kommission gegenüber nichts; ebensowenig sagte er, daß zwei Mann an den Mohren im Tagelohn arbeiteten und daß diese zusammen nur so viel machen, wie der eine in Akkord. Verschiedene Redner kritisierten nun auch noch die Behandlungsweise durch diesen Meister, seine geizigsten Ausdrücke seien: „Hinhin“, „Geh“, „Schuster“ etc. Wir hoffen, daß diese Beilen genügen werden, dem Meister Neumeier begreiflich zu machen, daß man einer Kommission gegenüber nur bei der Wahrheit zu bleiben habe, und daß er in Zukunft eine bessere Behandlung den Formex zu Theil werden läßt. Den Formex der betreffenden Gießerei aber legen wir ans Herz, sämtlich dem Metallarbeiter-Verband beizutreten und sich nicht durch Meister Neumeier abwendig machen zu lassen, was in letzterer Zeit sein Hauptprinzip ist.

Selbsteher und Gürtler.

Hamburg. D. M. B. Mitgleberversammlung der Sektion der Selbsteher, Gürtler, Dreher, Schleifer und aller in diesen Berufen beschäftigten Arbeiter Hamburgs und Umgegend vom 4. März bei v. Salzen Ww. Zum Gewerkschaftskongress in Berlin erläuterte Schulz in ausführlicher Weise die Tagesordnung, welche der Kongress zu erledigen hat. Als Kandidaten zum Kongress waren Delsing, Schulz, Weinheber und Wieding (Altona), aufgestellt. Von 81 abgegebenen Stimmen erhielten Schulz 80 und Delsing 1 Stimme. Bei der Reorganisation unseres Versammlungswesens wies Alex darauf hin, daß man Anfang dieses Jahres den Versuch gemacht, in den verschiedenen Werkstätten Delegierte zu wählen. Diese Einrichtung habe sich für die Organisation als sehr nützlich erwiesen. Damit nun keine Einheit einreißt und um sich Klarheit zu verschaffen, wie die Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Werkstätten sind, sei es notwendig, daß die Werkstätten-delegierten regelmäßige Zusammenkünfte mit bestimmter Tagesordnung abhalten müßten. Nur die Delegierten nicht mit Arbeit zu überlasten, könne der Versuch gemacht werden, die ordentlichen Mitgliederversammlungen statt alle 14 Tage alle vier Wochen stattfinden zu lassen. Nachdem sich noch mehrere Kollegen zu diesem Punkt geäußert und die Befürchtung ausgesprochen, daß bei den überwöchentlichen Versammlungen die Zahlung der Beiträge ins Stocken gerathe, wurde beschlossen, diesen Punkt den Werkstätten-delegierten zur Vorberatung zu überweisen. Dann wurde mitgeteilt, daß den Herren Bauer und Häselbarth ein Schreiben überreicht worden sei, worin die früher gestellten Wünsche in der Fabrik bestätigt resp. nachgewiesen wurden. Die Herren hätten erwidert, daß sie sich keine Vorschriften machen ließen und sich auf nichts einlassen wollten; sie würden gerne ein oder ein paar Tausend Mark opfern, wenn ihre Arbeiter verstanden sollten, in einen Streit einzutreten. Dieses hätte die Herren Bauer und Häselbarth aber nicht gehindert, einige der gestellten Wünsche zum Theil zu befeitigen. Eine Angelegenheit einer anderen Werkstätte wurde den Delegierten ebenfalls zur Vorberatung überwiesen. Nachdem noch eine interne Angelegenheit besprochen, wurde beschlossen, die nächste Mitgliederversammlung wegen der Feier des 18. März ausfallen zu lassen.

Klempner.

Dornbirn (Osterr.) Wegen Differenzen ist Junge von Spenglern nach hier streng fernzubalten.

Metall-Arbeiter.

Walden. Am 11. März sprach in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung Kollege Garbe aus Kassel über: „Die Zukunft der Gewerkschafts-Organisation.“ — Am 12. März fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Leber sprach über den bevorstehenden Gewerkschaftskongress. Leber erläuterte den Zweck und die Leistungen der Generalkommission bei Streiks usw., berührte ebenfalls noch den Halberstädter Kongress und erklärte, daß jegliche herausgegebene Regulateur der Generalkommission in Bezug auf Beitragsleistung und Unterstützung von Streiks. Die Ausführungen des Referenten gipfelten darin, daß man wohl die Generalkommission befeitigen könnte, die von ihr gethane Arbeit könnten die Verbände selbst besorgen. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Kollegen in ähnlichem Sinne aus, jedoch war auch die Meinung vorhanden, daß die Generalkommission bestehen bleiben müßte.

Braunshweig.

Wie bekannt, legten am 21. Januar in Folge Spross, Vohnreduktion die Schleifer bei Grimme & Matals die Arbeit nieder. Wir halten es für unsere Pflicht, in Kürze einen Bericht über den Stand unserer Bewegung zu geben. Nachdem in einer Verbandsversammlung beschlossen war, unsere Angelegenheit dem Gewerkschaftskartell zu überweisen, wurden von letzterem alle möglichen Schritte gethan, um eine Einigung zu erzielen. Es scheiterte aber Alles an dem Starrsinn des Herrn Direktors Trinks, der sich auf keine Unterhandlung einlassen will, sondern strikte Unterwerfung verlangt. Dies können wir unter keinen Umständen zugeben, denn, würden wir uns unterwerfen, so würde den Herren Eisenbaronen der Kanon noch gewaltiger schwellen und man würde die Berühre sofort wo anders anstellen. Die Firma macht die größten Anstrengungen, von Ludwig's Gips heranzuziehen, doch hat dies noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Es haben sich bis jetzt nur 2 Klempner gefunden, die den Herren Handlangerdienste leisten. Auf sofortige Agitation, die wir in der Gegend von Hemsfeld, Solingen u.s.w. durch Abhaltung von Versammlungen veranstalteten, wurde uns die Versicherung gegeben, daß sich Niemand zum Streikbrecher hergeben werde, daß in Hemsfeld genügend Arbeit vorhanden sei. Zu diesen 2 Klempnern gesellte sich ein dritter, Namens Saarmann; dieser, der nicht als Streikbrecher zählte, wurde von uns, da derselbe arbeitslos war, aufgenommen und bekam 4 Wochen Unterstützung. Nachdem er am Tage zuvor die Unterstützung erhob, fiel er uns in den Rücken. Die 5 Hilfsarbeiter, die in der Schleiferlei beschäftigt sind, erklärten, daß sie mit einem solchen Herrn unter keinen Umständen arbeiten könnten und forderten die Entlassung Saarmann's. Der Herr Direktor Trinks erklärte aber den Deuten, die dort 8 Jahre gearbeitet, dann sollten sie gehen. Unsere Zahl hat sich in Folge dessen vermehrt. Die Firma verspricht nun ihre Arbeiten nach außerhalb, so nach Dresden, vermutlich zu der Firma Schmidt, Nähmaschinen- und Schiffenfabrik. Dieses sind die Arbeiter zu den Kontrollkästen, dagegen werden die Nähmaschinenhelfer durch einen Agenten in Plauen i. V. Namens Paulus besorgt. Doch ist von aller Arbeit, die außerhalb gemacht wird, noch nichts Geheimes zurückgekommen. Wir hoffen, daß die Kollegen dort, wo die Arbeit gemacht wird, ihr Solidaritätsgefühl uns gegenüber betätigen. Unser Muth und unsere Ausdauer ist noch wie zu Beginn des Streiks. Die Zahl der Streikenden beträgt 10 Mann mit 18 Kindern. Wäher hat sich das Solidaritätsgefühl der Arbeiter auf's Glänzendste bewährt und wir hoffen dies auch für die Zukunft. Unser Sieg ist Guter Sieg!

Charlottenburg.

Am 8. März fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Ein Antrag, jeden Monat nur eine Mitgliederversammlung abzuhalten, wurde angenommen. Zum 2. Punkt verlas der Bevollmächtigte den Entwurf der Gewerkschaftskommission zum Streikfonds. Es wurde hervorgehoben, daß die Beiträge für uns zu hoch wären, die Unterstützung hingegen zu klein. Bei der Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress erhielt Hofmann 10, Kleinschmidt 10, Kurgas 2, Berger 2 Stimmen. Als Revisor wurde Reblisch, als Bibliothekar Hampel, Schillerstr. 43 gewählt. Dann verlas der Bevollmächtigte den Verschmelzungspan für die Verwaltungsstellen Berlins und Umgegend. Nach längerer Diskussion gelangt ein Antrag zur Annahme, diesen Punkt als ersten in der am 22. März stattfindenden Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen. Ein Antrag, am Charfreitag eine Subpartie zu machen, wurde einstimmig angenommen und beschlossen, aber Spandau nach Wilsdorf zu gehen. Treffpunkt bei Lauchert, Spandauerberg 1, Früh 7 Uhr. — Den reisenden Kollegen wird bekannt gemacht, daß die Herberge bei Leber, Wisnardsstr. 74, eingerichtet ist; auch finden die Mitgliederversammlungen dort statt.

Portmund. In der letzten Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes wurde als Delegierter zum Gewerkschaftskongress Kollege May König in Witten gewählt. Bei der Besprechung des Berichts des Gewerkschaftskartells, wurde das Verhalten des Politischen Komitees, sowie der Wirtin des betreffenden Lokals wegen des Felerabendbiens von mehreren Kollegen einer scharfen Kritik unterzogen. Ebenso wurde das Verhalten, wie auch die Abrechnung unseres früheren Kassiers von mehreren Seiten getadelt und außerdem denselben ein Misstrauensvotum ausgestellt.

Hameln. Am 16. März fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Wie stellen sich die Metallarbeiter Hamelns zum Normalarbeits-tage von 10 Stunden? Kollege Bils legte die Verhältnisse der hiesigen Metallarbeiter klar und wies darauf hin, wie notwendig die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit hier am Orte sei. Diefelbe habe in der vorigen Versammlung schon auf der Tagesordnung gestanden und seien auch schon die nötigen Schritte getan worden. U. A. hatte sich die in voriger Versammlung gewählte Unterkommission mit den Meistern der hiesigen Feuerarbeiterinnung in Verbindung gesetzt. In der am 11. März stattgehabten Generalversammlung der Feuerarbeiterinnung sei aber der von uns gestellte Antrag einstimmig abgelehnt worden. In einem Schreiben an uns waren die Gründe angegeben. Hierauf wurden die Meister noch einmal zu einer von uns anberaumten Versammlung eingeladen, um hier die Gründe darzulegen. Die Meister beräumten eine Zusammenkunft an und wurde die Unterkommission hierzu eingeladen. Die Herren Meister erklärten sich im Prinzip nicht gegen die 10stündige Arbeitszeit. Der Herr Schlossermeister Hinrichs wollte dieselbe sofort einführen, jedoch könnte er das nicht allein, da er, wenn sich die anderen Meister nicht anließen, zubielschlagende Gründe haben würde. Schlossermeister Richard jedoch erklärte, nicht auf die Forderungen eingehen zu können, da ihm dadurch ein Schaden von 8 M täglich entstehen würde. Diefelben Gründe hatte auch Schlossermeister Erdstein angegeben. Da die drei genannten Meister hauptsächlich in Betracht kommen, so habe sich die heutige Versammlung darüber zu entscheiden, ob wir unsere Forderungen aufrecht erhalten wollen oder nicht. Höhe und Bedeckung hierauf die Notwendigkeit der 10stündigen Arbeitszeit. Müller sprach sich dahin aus, daß wir jetzt nicht mehr ganz zurücktreten könnten, sondern auf unseren Forderungen bestehen wollten. Auch Butigerkeit erklärt sich in diesem Sinne. Hierauf wurde folgende, inzwischen eingelaufene Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Forderungen der Kollegen in dem in Frage kommenden Werkstätten solidarisch und beschließt, sie in allen Theilen zu unterstützen.“ Es wurde nun zur geheimen Abstimmung geschritten. Das Resultat ergab 16 Stimmen für und eine gegen den Streik. Nachdem für jede Werkstätte zwei Kollegen gewählt wurden, welche am nächsten Morgen den betreffenden Meistern die Forderungen nochmals vorzulegen hätten, wurde beschlossen, falls dieselben nicht darauf eingehen würden, sofort auf den Schiffbauwerkstätten des Herrn Richard und des Herrn Erdstein zu kündigen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die von ungefähr 150 Personen besuchte Versammlung geschlossen. — Die Kündigung ist inzwischen erfolgt. Kollegen! Wir ersuchen Euch, Zugig nach hier fernzuhalten, dann werden wir auch durchbringen. Wie notwendig es ist, daß hier einmal Etwas getan wird, werdet Ihr verstehen, wenn wir Euch mittheilen, daß hier Löhne von 12—15 M und weniger gezahlt werden.

Tübingen. Der Zustand der Schlosser und Dreher in der hiesigen Aktien-Maschinenfabrik ist berüchtigt. Bericht folgt. — Zur Fertigstellung der Abrechnung des Streiks der Schlosser und Dreher in der Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, ersuchen wir alle mit Sammelstellen versehenen Verwaltungsstellen, so schnell wie möglich, die bis jetzt gezeichneten Gelder einzulösen.

Magdeburg. In der Maschinenfabrik von Garret, Smith u. Komp. in Magdeburg-Buckau steht eine Lohnbewegung bevor, so daß ein Aufnehmen der Arbeit in dieser Fabrik ein in den Rücken fallen für die Arbeiterchaft in Magdeburg bedeutet. Die Faktoren, welche bei dieser Lohnbewegung in Betracht kommen, sind geprüft, und falls es zu einem Streik kommen sollte, so wird die Arbeiterchaft Magdeburgs hinter diesen Streikenden stehen.

Vitna. Die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine vor dem Forum einer Volksversammlung. Die Harmoniepostel tagen selten in der Öffentlichkeit und sie haben auch sehr guten Grund dazu, holen sie sich doch in der Regel sehr empfindliche Schläppen. Dresden Gewerksvereinsmitglieder hatten sich Herrn Dr. Mahn aus Berlin verschrieben,

um mit seiner Hilfe in Vitna Proselien zu machen. Die Leute hatten freilich die Rechnung ohne die Vitnaer Arbeiter gemacht. Der große Saal des Forsthauses war sehr gut besetzt, aber etwa nur ein Stammisch voll treuer Anhänger der „Harmoniepostel“ hatte sich eingestellt. Herr Dr. Mahn, ein recht harmlos dreinschauender Herr, hielt nun seine Rede. Was soll man davon sagen? Nichts! Er bilde die Harmoniepostel in allen Tonarten, feierte den großartigen Gedanken, Arbeiter und Unternehmer an einem Tisch sitzen und in holder Eintracht — den Streik für die Arbeiterschaft drehen — pardon, die „Interessen beider Klassen“ fördern zu sehen. Die moralische Wirkung eines unternehmerischen Handdrucks begeisterte ihn zu wahren Lustsprüngen. Natürlich ergiebt so brave Arbeiter nur der Hirsch-Dunder'sche Gewerksverein! Deshalb feierte der Herr Redner diese Vereinigung in mächtigen Lobreden. Um ja die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht zu stören, stellen diese Vereine keine Forderungen auf; sie lösen die soziale Frage durch ihre Kleinunterstützung von höchstens jährlich 15 M, eine äußerst lärgliche Arbeitslosenunterstützung, und sonstige Unterstützungsleistungen. Es ist nicht zu verwundern, daß der Herr Redner, so gut er es meinte, mit der Anpreisung solcher Mittelchen seinen Hund hinter dem Ofen hervorlockte. In der Debatte legte zunächst Genosse Eichhorn die prinzipiellen Unterschiede zwischen den Hirsch-Dunderianern und den Organisationen der Klassenbewußten Arbeiter dar. Er ging schonungslos mit der Harmoniepostel ins Gericht und glosierte den Vortrag des Herrn Dr. Mahn unter dem Bandium der Versammlung so treffend, daß den Herren Verankaltern aller Muth zur Verteidigung ihrer Sache geschwunden war. Ein nach Genosse Eichhorn sprechender Gewerksvereiner versicherte denn auch, er wolle Niemandem zureden, in den Gewerksverein einzutreten, er fordere lediglich auf, sich zu organisieren. Genosse Haack übernahm es nun, die Gewerksvereine in ihrer praktischen Thätigkeit zu beleuchten. Die Kritik fiel geradezu vernichtend aus. Nicht nur daß die Gewerksvereine nichts für die Arbeiterinteressen leisten, die Mitglieder werden zu direkten Verräthern an der Arbeiterschaft, indem sie als Streikbrecher ihren Kollegen in den Rücken fallen, wie ein von Haack alirtes Beispiel aus Thale bewies. Vehaftes Beifall befehlte auch die Ausföhrungen des Genossen Haack. Nun sprachen zwei Redner, die sich auch nicht für die Hirsch-Dunder'schen erwärmen konnten und dann hielt Genosse Barthel noch eine kleine Nachlese, bei der das Bureau so aus dem Häuschen kam, daß der überwachende Wachmeister ein menschliches Mähren fühlte und zu Gunsten der Harmonie-Postel intervenirte. Herr Dr. Mahn, der diesen Verlauf sicher nicht erwartet, war hin. Er beschränkte sich in seinem Schlusswort auf Klagen über die hochgehenden Wogen der Diskussion, die dem „seitgeklümmerten stolzen Boot“ der Gewerksvereine so arg mitgespielt, und forderte zur Organisation auf, ganz gleich, in welchen Vereinigungen. Damit schloß die für uns so günstig verlaufene Versammlung. Zu bemerken ist noch, daß die „Lagespost“ von „zahlreichen Aufnahmen“ in den Gewerksverein flunkert; es ist das weiter nichts, als ein verlegener Vertuschungsversuch des Fiaskos, das ihre Parteigenossen erlitten.

Kottweil. Der Ausbruch des Streiks in der Letzer'schen Fabrik ist darauf zurückzuführen, daß ein Kupferstreich mit dem Arbeiter-Rudstühl wegen Heberien des Letzteren in Streit gerieth, welcher dann zu Thätlichkeiten führte. Das Einmischen der anderen Arbeiter veranlaßte den Fabrikanten Letzer, den schon seit längerer Zeit mißliebigen Gießer Fr. zu maßregeln. Die gesammten Arbeiter erklärten sich darauf solidarisch, verlangten, daß Fr. wieder weiter arbeiten dürfe, daß Rudstühl des ange-machten Rechtes als Vorarbeiter entsetzt würde und daß in der Fabrik die sonst in Kottweil übliche 10stündige Arbeitszeit eingeföhrt wird. Mehrfache Versuche der Arbeiter, diese berechtigten Forderungen dem Fabrikanten gegenüber vertreten zu können, scheiterten daran, daß der Herr sich nicht sprechen ließ mit der Begründung, er sei krank. Die Frau Meistern, welche über-haupt das Regiment führt, lehnt im Bunde mit den Werkführern Bergheimer und Rudstühl jedes Eingehen auf die Forderungen ab. Der Versuch einer Vermittlung eines Unparteiischen scheiterte ebenfalls, sogar eine von den Arbeitern angerufene Vermittlung des Stadtschultheißen, der persönlich bei Herrn Letzer vorstellig wurde, war vergeblich. Die Verhältnisse, die in dieser Fabrik herrschen, lassen es in der That begreiflich erscheinen, daß die Arbeiter endlich für menschlichere Zustände eintreten. Es arbeiten z. B. sechs Kupferstreichler täglich 12 Stunden (Morgens 20 Minuten und Nachmittags eine Viertelstunde Pause eingerechnet) bei einem Lohn von 1,80—3,50 M.

Verheiratete Flaschner erzielen bei der gleichen Arbeitszeit einen Verdienst von 1,80—2 M. Einige junge Arbeiter erhalten zugleich vom Fabrikanten Kost und Logis. Die Lagerstätten, die diesen Arbeitern angewiesen werden, befinden sich auf dem Boden der Werkstätte und haben sehr wenig Nehmlichkeit mit Betten. Das Schlummertief wird den abgearbeiteten Arbeitern gefungen von Beweisen, die unter dem Fußboden in getheilten Gängen ihr Wesen treiben. Was die Kost betrifft, so muß der Gemahlin des Fabrikanten das Zeugnis einer sparsamen Hausfrau ausgestellt werden. Auch die Behandlung der Arbeiter ist keine lobenswerthe. Die Werkstätte ist in einem sehr verbesserten Zustande. Genossen! Kollegen! Aus dem Vorstehenden ersieht Ihr, wie notwendig es war, daß wir bessere Verhältnisse fordern. Weiter haben wir zwei Streikbrecher zu verzeichnen, 14 Mann stehen aber fest für unsere gerechte Sache.

Stettin. Eine außerordentliche kombl-nirte Versammlung des D. M. V. tagte am 10. März im Lokale des Herrn Stürmer. Der 1. Punkt der Tagesordnung: „Unsere Zeitung“, führte zu einer lebhaften Debatte. Es war bei dem Streik in der Störwer'schen Fabrik die Zugzwangung zuerst zu spät und nachher lange nach Beendigung des Streiks noch immer in der Zeitung erschienen. Die Antwort des Vorstandes auf sein Schreiben wegen dieser Verzögerungen war, womit er sich zu entschuldigen suchte, daß die Depesche etwas zu spät eingetroffen sei, als daß die Warnung auf die erste Seite der Zeitung zu stehen gekommen wäre und gab dann noch die Meinung kund, daß die Zugzwangungen eher indifferente heranzögen, als wie sie nun sind. Diese Antwort wurde scharf kritisiert, denn alle Anwesenden waren der Ansicht, daß die Zeitung auch auf einer andern, wie der vorberichten Seite gelesen werde, und dann hätte die Veröffentlichung immer noch den Zweck, daß es den unliegendsten Verwaltungsstellen möglich wäre, den Bezug zum großen Theil abzulernen. — Sodann waren Versammlungsberichte vom Streik nicht aufgenommen, sondern wie eine Briefkastennote besagte, hielt die Redaktion die Aufnahme nicht mehr für nöthig, da der Streik, der rasch beendet war und die Berichte daher nicht eher eingekandt werden konnten, schon beendet sei. Aus diesem Grunde kam erst ein nach-gesandter Situationsbericht nach mehreren Wochen in die Zeitung. Anleht ist ein Bericht, worin von der Gründung der Verwaltungsstelle Grabow a. b. Ober berichtet war, überhaupt nicht in die Zeitung gekommen. Die Versammlung sah in einer solchen Behandlung eine arge Vernachlässigung. Es wurde allgemein betont, daß hier eine ernsthafte Aenderung nöthig sei; denn schon früher ist es uns hier bei einem Streik ebenso ergangen und fand daher folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige kombinierte Versammlung der Verwaltungsstellen Grabow, Stettin, Stettin-Zentrum und Bredow erklärt sich mit dem sehr eigenmächtigen Handeln des Letzteren in Betreff der Nichtaufnahme des Berichts der Verwaltungsstelle Grabow a. b. Ober durch-aus nicht einverstanden und erkennt die Einwände des Hauptvorstandes in Betreff des Störwer'schen Streiks, die Publikation ziehe nur indifferente herbei, nicht für sich haltig, weil doch die „Metallarbeiter-Zeitung“ in erster Linie nur von Verbandsmitgliedern gelesen wird.“

Anmerkung der Redaktion. Was die nicht aufgenommenen Berichte über den Störwer'schen Streik betrifft, so sind die er-hobenen Vorwürfe vollkommen und er-rechtigt. Nachdem der Streik beendet war, erhielten wir in einem Brief zusammen vier Ausschnitte aus dem „Volkshof“, worunter Berichte über je eine Ver-sammlung vom 4. und 8. Januar, dann eine Polemik gegen die lokale Presse und schließlich die Notiz, daß der Streik beendet sei. Wir sind bereit, die vier Ausschnitte einer beliebigen Kommission zur Beurtheilung zu unterbreiten. Wir sind gewiß, daß das Ur-theil nur dahin ausfallen kann, daß nach Beendigung eines Streiks eine derartige „Berichterstattung“ nicht angängig ist. Und deshalb haben wir ersucht, uns einen zu-sammenfassenden Bericht zu senden. Der-selbe ist sofort nach der Einsendung abge-brucht worden. Ein Schaden konnte aber überhaupt nicht entstehen. — Bezüglich des Berichts über die Grabower Versammlung erklären wir uns für schuldig! Indes setzen wir gleich hinzu, daß uns trotzdem die Entrüstung der Stettiner Genossen in keinem Verhältnisse zu dem von uns ver-übten Vergehen zu stehen scheint. Es han-delte sich um die einfache Mittheilung, daß in Grabow eine Verwaltungsstelle gegründet worden sei. Wir waren nun der Meinung, daß diese Thatsache schon in einer früheren Nummer berichtet worden sei, weshalb wir den Abdruck unterließen. Wir überzeugten uns aber jetzt, daß wir im Irrthum waren, denn es handelte sich bei der früheren Ver-sammlung um Bredow. —

Sollingen. Am 7. März hielt die Ver-waltungsstelle eine gut besuchte Mitglieder-versammlung ab. Zur Düsseldorf-Kon-ferenz sprachen sich alle Kollegen dafür aus, bedauerten aber, daß dieselbe so kurz vor dem Gewerkschaftskongress stattfände. Schon voriges Jahr, gelegentlich unserer General-versammlung in Wägebürg, hat sich der-selbe Uebelstand herausgestellt. Im Weiteren wünschten alle Redner mehr Agitation, die jetzt bei gutem Geschäftsgang wohl am Plage wäre, und berührten auch die hiesigen Lokal-organisationen mit den bekannten Führern. Man sprach sich dahin aus, daß wir unser Hauptgewicht auf die Metallarbeiter legen müssen, die nicht den Lokalorganisationen angehören und auf jene, denen es in den Lokalorganisationen nicht gefällt. Einem Gewerkschaftskartell, welches hier unter den zentralisirten Gewerkschaften besteht, schließen sich die Lokalorganisationen nicht an, bevor nicht eine bekannte Person dazu genickt hat, der der M. V. ein Dorn im Auge ist. Es wurde im Weiteren beschlossen, die Konferenz durch einen Delegierten zu beschicken und wurde Fritzsch als solcher gewählt. Bei der Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress entspann sich eine lebhafte Debatte über die vorgeschlagenen Kandidaten. Es bedauerten alle Redner, daß die Mandatbewerbung so sehr eingeriffen ist, was sehr bedenkliche Folgen für den Verband haben könnte. Man ist hier zu der Ansicht gekommen, daß, wenn immer andere Personen auf Kongressen ver-treten sind, auch immer neue Ideen auf die Tagesordnung kommen. Nach diesen Grund-sätzen hat auch die Versammlung gewählt.

Schöneberg b. Berlin. Wie eigenthümlich die Metallarbeiter in Schöneberg und Umgebung behandelt werden, das konnte man so recht in der öffentlichen Metallarbeiter-versammlung am 14. März hier erfahren. Nach-dem seitens des Berliner Vertrauensmannes, D. Näbber, zwei Versammlungen in Berlin W. mit wenig Erfolg für die Organisation statt-gefunden, hielt die Schöneberger Verwalt-ungsstelle des D. M. V. eine öffentliche Ver-sammlung ab, die übermäßig stark besucht war. Kollege Kleinschmidt kritisierte die Miß-stände in der Fabrik von Drenstein & Coppel in Zempelhof, sowie von Pfeiffer & Drüdenmüller, Braß & Hertel. Da die Arbeiter von den Unternehmern nicht mehr als Menschen betrachtet werden, so war man dahin einig geworden, die Herren Betriebs-leiter, Ingenieure und Meister zu laden, um mit ihnen gemeinsam über alles Vorgekom-mene zu verhandeln. Leider war von Drenstein & Coppel nur ein Buchhalter als Ab-gesandter anwesend. Redner betonte, daß die Arbeiter sich ihre Menschenrechte nicht nehmen lassen dürfen und meinte, solche Worte, wie Meister Desterle seinen Deuten gegenüber gebrauchte, wie: „Kindbleiß“, „Horn-ochse“, „dummes Vieh“ u. s. w. müsse man mindestens bei Leib und Leben gelernt haben. Es liege deshalb so im Argen, weil die Arbeiter nicht einig seien und Alles still-schweigend über sich ergehen ließen. Nicht selten komme es vor, daß die Arbeiter ohne wirtlichliche Fein. Während man vor einiger Zeit einen höheren Preis hatte, besorgt Meister Kern als Neuangestellter seinen Dienst ungefähr so (zum Kolonnenführer ge-wandt): „Wie viel haben Sie bisher für diese Kommission erhalten?“ Wird ihm der Preis genau angegeben, bietet er dann öfters nur die Hälfte. Zwei Kollegen, die für diesen Preis nicht arbeiten wollten, wurden ent-lassen, mit der Motivirung, Alles, was ihnen ihr Meister erzählt, müßten sie als Heilig-thum betrachten. Auf eine Beschwerde beim Chef wurden die Kollegen wieder einstellt. Die Schmelze sei 9,71 Meter breit, 3 Met. hoch, 15 Meter lang, und in diesem Raum ohne Ventilation seien 4 Feuer. 2 Hof-schmiedebänke liegen frei. Rauchvorrichtung ist nicht vorhanden, das Wasser aus dem Aus-gußbahn der Maschine sei dazu da, wer so glücklich sei, etwas davon zu erhalten. Dampf-heizung sei nur in der Wagenreparaturan-stalt, im Maschinenbau und der Stellmacherei seien buntige Koksörbe aufgestellt. Beim Zutrittkommen habe man 20 M Strafe zu zahlen. Der Afford ist so gestellt, daß Ar-beiter in 14 Tagen mit einem Lohn von 36 M nach Hause gehen. Es sei dies er-klärt, weil dem Meister beim Wagenbau für jede Kommission 20 M gegeben werden, die man für etwaige Fehler, die vielleicht beim Gebrauch dieser Wagen erst auftreten, abziehe. Es sei schwer, Alles anzuföhren, deshalb sei es Pflicht, sich dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen. Kollege Zoos sprach sich für die Hirsch-Dunderianer aus, wurde aber wegen des Verhaltens dieser Organisation beim Gütstromer Streik gut abgefehrt. Penning, Friedrich, Schmiedele, Bathaus sprachen sich für den Anschluß an den D. M. V. aus. Eine dahingelende Resolution wurde einstimmig angenommen. Es traten von Drenstein & Coppel 45 Mann dem D. M. V. bei. Zum Schluß ermählte sie Kleinschmidt, treu zu uns zu stehen und das zu halten, was sie versprochen hätten, denn nur durch die Organisation sei Etwas zu erreichen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Hamburg. (Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer.) Versammlung am 4. März. Nach einem Vortrag von U. Meier über „Arbeiterausbeutung“ wurde zur Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress geschritten. Vorgeschlagen waren Deisinger, Weinheber, Schulz und Wibling. Das Resultat der Wahl war: Abgegebene Stimmen 42, davon: Weinheber 25, Deisinger 11, Wibling 2, Schulz 2, zerstreut 1, ungültig 1. Alsdann verlas der Schriftführer den Anruf des Hauptverbandes betreffs Arbeitslosenstatistik, worauf an die anwesenden Mitglieder je ein Exemplar des Anrufes, sowie eine Passkarte zur Ermittlung des Arbeitslosenbestandes vertheilt wurde. Die Zeitungskommission stellte noch den Antrag, die Entschädigung für ihre Bemühungen von 1/2 pro Quartal auf 1/1,50 festzusetzen. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Schläger.

Dresden. In der am 8. März abgehaltenen Schlägerversammlung kam der Streik der Rudapfester Kollegen zur Sprache. Dann wurde beschlossen, in nächster Versammlung die Votfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

Fellenhauer.

Berlin. Der Zustand der Fellenhauer u. verw. Berufsgenossen der Firma Wägbefran in Berlin-Pankow dauert unverändert fort. Leider haben sich hier solche Elemente eingeschlichen, die uns in den Rücken fallen und uns den Kampf erschweren. So kamen zwei Mann von Magdeburg und vier solche von Hannover angekommen sein. Außerdem sind von den Ausständigen 1 Schleifer und 3 Handhauer wankelmützig geworden und sind wieder hingelaufen, haben sich auf Gnade oder Ungnade dem Kapital ergeben. Jetzt wird bis 9 Uhr Abends und auch Sonntags die Hungerpeitsche in der Fabrik geschwungen. Man sollte es kaum für möglich halten, daß die Arbeiter es nicht begreifen können, daß sie sich durch solche Handlungswiese ins eigene Fleisch schneiden und hinterher den größten wirtschaftlichen Schaden haben. Denn nach dem Novemberstreik im vorigen Jahre wurden diejenigen, die sich dem Streik nicht angeschlossen, Lohnabzüge gemacht. Die Maschinenbauer kamen auf Wochensohn und verdienten 4-5 Mk weniger als sonst, die Lohnarbeiter erhielten wöchentlich 3 Mk weniger. Herr Wägbefran kalkuliert: Bekomme ich Arbeiter zu den bestehenden Bedingungen, so kann ich nachher mit den Arbeitern machen was ich will. Denn einer Organisation dürfen dieselben nicht angehören und die organisierten Kollegen werden denen den Rücken kehren. Rechnen man hierzu noch die anständige Behandlung von Seiten des Herrn Wägbefran, bei dem Ausdrucke wie: „Hindbleh“, „Bummel“, „Salt die Schnauze“, „Der Kutcher hat mehr Verstand im Kopf als ihr im Kopf“ an der Tagesordnung sind, so kann man sich ein Bild machen von dem paradiesischen Leben in der großen Berliner Knochenmühle. Herr Wägbefran hat in seinem Schreiben behauptet, er könne den Tarif nicht zahlen. Wenn die Kleinmeister den Tarif bezahlen können, dann wird ihn wohl ein großer Fabrikant, dem alle Hilfsmittel zur Verfügung stehen, auch bezahlen können. Freilich hat sich von den übrigen Meistern keiner so schnell emporschwingen können, wie Herr Wägbefran. Und daß er dies nur konnte durch Ausbeutung seiner Arbeiter, wird er wohl selbst nicht läugnen können. Wenn seine Behandlung eine anständige ist, wie in dem Schreiben steht, dann möchten wir erst mal eine unanständige Behandlung von Herrn Wägbefran sehen. Wir sind entschlossen anzuharren, und wenn der Zugzug fern gehalten, die Kollegen sich solidarisieren mit uns erklären, so muß trotzdem und alledem der Sieg unser werden. — Alle Briefe sind an Fritz Seeger, Berlin, Gartenstr. 13, zu richten.

Bielefeld. Die Sektion der Schleifer hielt am 6. März eine Generalversammlung ab, in welcher nach den Verhandlungsgeschäften die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress vollzogen wurde. Darauf wurde der Antrag der Generalkommission betreffs Gründung eines Generalstreikfonds zur Diskussion gestellt. Nach längerer Erwägung wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Generalversammlung der Schleifer ist dem Antrag der Generalkommission, betreffend die Gründung eines Streikfonds, nicht abgeneigt; jedoch mit dem Vorbehalt, daß dadurch keine weitere Erhöhung der Beiträge eintritt.

Grünberg i. Schl. Da in der Werkstatt von Krüger hier Differenzen ausgebrochen sind, ist Zugzug von Fellenhauern nach hier ferngehalten.

Bermadorf bei Dresden. Zum Zustand der Fellenhauer der Firma Hugo Berger. Der Feilensteifer Herr Krümer hat sein Versprechen nicht gehalten, sondern ist wieder in Arbeit getreten. Er erklärte

den ganzen Ausstand illusorisch machen zu wollen. Dies scheint ihm gelungen zu sein, da die Kollegen Otto Krause aus Sangerhausen und Richard Wille aus Rammendorf bei Halle die Arbeit wieder aufgenommen haben. Otto Krause hat noch einen Fellenhauer (Richard Ull) aus Breslau von Weissen mitgebracht. Die Ausständigen haben Art auf ihre Lage aufmerksam gemacht; er erklärte, unter den Umständen nicht anzufangen, aber sein Wort nicht gehalten, das war Art. Die Ausständigen haben sich, da der Kampf aussichtslos, um andere Arbeit umgesehen. Darum erklären wir den Streik für beendet. Für die uns geworbene Unterstützung sagen wir allen Kollegen unsern besten Dank. — Krümer hat mit dem Bevollmächtigten auch noch 50 Beitragsmarken à 20 S abzurufen. Weitere Anfragen sind zu richten an Carl Gottschalk, Dresden, Waisenbrennerei, 33.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Bekanntmachung.

Dem Beschlusse der letzten Generalversammlung gemäß ist der Vorstand verpflichtet, im Frühjahr dieses Jahres eine Generalversammlung der Kasse einzuberufen. Er beruft dieselbe hiermit auf Dienstag, 26. Mai cr., nach Hamburg, mit der Tagesordnung:

- 1) Wahl der resp. Kommissionen.
2) Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission.
3) Statutenberatung.
4) Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission.
5) Regelung sonstiger Kassenangelegenheiten.

Anträge, welche zur Berathung gelangen sollen, müssen statutengemäß spätestens bis zum 12. Mai cr. dem Vorstande schriftlich eingereicht sein, jedoch können nur die Anträge gedruckt veröffentlicht werden, welche spätestens bis zum 27. April cr. eingegangen sind.

Zur Deckung der Kosten der Generalversammlung hat jedes Mitglied nach § 27 Abs. 6 des Statuts 40 S zu entrichten.

Die Delegirten sind sofort nach erfolgter Wahl unter genauer Angabe von Namen und Adressen bei dem Vorstande anzumelden und haben sich Delegirte, deren Anmeldung unterbleibt, etwa hieraus sich ergebende Nachteile selbst zuzuschreiben.

Die Wahlakten müssen der Generalversammlung vorgelegt werden. Dieselben sind entweder einem Delegirten der Wahlabtheilung mitzugeben oder so frühzeitig an Kass. Kopp, Hamburg, Untere Königstr. 15, zu senden, daß sie spätestens am 23. Mai dort eintreffen.

Der Vorstand beantragt folgende Statutenänderungen:

- § 3. Abs. 3 zu streichen.
§ 4. In Absatz 2 den Satz: — in dem in § 3 Abs. 3 vorgesehenen Falle jedoch vorbehaltlich der Genehmigung des Vorstandes — zu streichen.
Abatz 2 zwischen anhaftende und Krankheit einzuschalten „oder früher überstandene“.
§ 7. Abs. 7 folgende Fassung zu geben: „Tritt ein Mitglied in eine höhere Klasse über, wozu vorher die Genehmigung des Vorstandes eingeholen ist, so hat es“ usw. wie Statut.

§ 10. Abs. 3 folgende Fassung zu geben: „In zweifelhaften Fällen können von Seiten der örtlichen Verwaltung, bezw. des Vorstandes, außerordentliche ärztliche Untersuchungen angeordnet werden. Die von den Vertrauensärzten ausgestellten Atteste sind für die Kasse maßgebend, die Kasse trägt“ usw. wie Statut.

Abf. 6 folgende Fassung zu geben: „Für ein und dieselbe Krankheit wird das Krankengeld nur während eines Zeitraums von 52 Wochen, und zwar für die ersten 26 Wochen mit dem vollen, für die letzten 26 Wochen mit dem halben Betrage geleistet, ohne daß es dabei auf etwaige Unterbrechungen des Krankengeldbezuges ankommt.“

Abf. 7 folgende Fassung zu geben: „In eine Krankheit die Folge eines Betriebsunfalles, für welchen auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes Entschädigung geleistet wird, so wird das Krankengeld nur bis zum Ablauf der 13. Woche nach Eintritt des Unfalles gewährt.“

§ 14. Unter Absatz 3 einzuschalten: „Das Verdienstscheibeld darf nur nach erfolgter Anweisung des Vorstandes ausbezahlt werden. Die Anweisung erfolgt nach dem das Mitgliedsbuch des Verstorbenen, sowie die Sterbenscheine an den Vorstand eingesendet sind, wobei auch die Todesursache anzugeben ist.“

Nachdem wir schon in der durch Zirkular erfolgten Bekanntmachung darauf hingewiesen haben, daß durchaus keine Aenderung am Statut vorgenommen werden darf, durch welche irgend eine Vermehrung der Anz-

gaben herbeigeführt wird, wenn nicht auch zugleich die Einnahmen der Kasse entsprechend vermehrt werden, sehen wir uns veranlaßt auch hier zu wiederholen: „Lasse sich kein Mitglied täuschen, weder durch „human“ klingende Phrasen, noch durch den glänzigen Rechnungsabschluss des Vorjahres; wir haben mit ganz bestimmten Thatfachen zu rechnen.“ Auf Grund des § 25 des Hilfskassengesetzes verlangt die Aufsichtsbehörde mit Recht von unserer Kasse die Klärung des zehnten Theils des Jahresbetrages der Kassenbeiträge zum Reservefond, sie verlangt aber auch die Ergänzung desjenigen Betrages, der in früheren Jahren dem Reservefond entzogen, bezw. nicht zugeführt wurde. Die Behörde muß diese Anforderung so lange stellen, bis ein Reservefond im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre angesammelt ist, was für unsere Kasse einen Betrag von rund einer Million Mark ausmacht, wovon wir bis jetzt erst die Hälfte angesammelt haben. Der Ueberschuß im vorigen Jahre beträgt 14 1/2 Prozent, ist also gar nicht viel höher, als er absolut sein muß und es läßt sich nicht leugnen, daß er nur in Folge der im Allgemeinen als günstig zu bezeichnenden Erwerbsverhältnisse und unter äußerer strenger und konsequenter Anwendung der statutarischen Bestimmungen erzielt werden konnte. Tritt wieder eine der bei untern gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen unvermeidlichen Geschäftskrisen ein, so ist schon unter den zur Zeit gültigen Bestimmungen des Statuts die Ansammlung des Reservefonds nicht möglich, noch viel weniger ist sie dann möglich, wenn der Ausbeutung der Kasse noch ein weiterer Spielraum gewährt wird.

Die Mitglieder haben sich also ganz ernstlich die Frage vorzulegen, ob sie eine weitere Erhöhung der Beiträge oder die Erhebung von Extrabeiträgen wollen oder nicht. Vernelnen sie diese Frage, so dürfen sie auch keiner Maßregel zustimmen, durch welche die Kasse mehr ausgebaut werden kann, als bisher.

Hamburg, 22. März 1896.

Mit Gruß

Der Vorstand.

Altenhagen. Am 8. März hielten die Ortsbeamten der 30. Wahlabtheilung hier eine Konferenz ab. Vertreten waren die Filialen Hagen, Altenhagen, Gilpe, Delttern, Selbecke, Wehringhausen, Affeln, Altens, Giringhausen, Haspe, Gabelsberg, Lübensfeld, Neuenrade, Siegen, Sieghütte, Vogelhang, Werbold, Halben und Schmandbruch. Für die bevorstehende Generalversammlung wurden folgende Anträge gestellt und angenommen: § 3. Das Beitrittsalter wieder von 45 auf 40 Jahre herabzusetzen. § 9 (Antrag Kohn). Die Unterstufung in der 1. und 2. Klasse pro Tag um 15 S und in der 3. und 4. Klasse um je 10 S zu erhöhen. Diese wurden, nachdem Brüninghaus und Dse dringend davon abgerathen, mit knapper Majorität angenommen. — § 10 Abs. 6 wieder in früherer Fassung zu setzen. § 14. Das Sterbegeld nach zehnjähriger Mitgliedschaft zu erhöhen und zwar in der 1. Klasse auf 125 Mk, in der 2. auf 100, in der 3. auf 75 und in der 4. Klasse auf 50 Mk zu setzen. § 29: statt 2 Jahre alle 3 Jahre eine Generalversammlung abzuhalten. — Wann und an welchem Ort die nächste Konferenz tagen soll, wurde den zuständigen Bevollmächtigten von Altenhagen, Gilpe und Neuenrade anheimgegeben.

Cöln (Nord). Am 1. März hielt die Filiale Cöln-Nord zum Zwecke der Aufstellung der Kandidaten für die Delegirtenwahl eine Mitgliederversammlung ab. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über die Thätigkeit unserer Generalversammlungen. Besonders wurde von verschiedenen Mitgliedern betont, daß die Debatten über den Bericht des Vorstandes so sehr viel Zeit in Anspruch nähmen. Es wurde folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung ersucht die Delegirten auf der diesjährigen Generalversammlung nicht so eublose Debatten über den Bericht des Vorstandes zu halten, dafür aber die kostbare Zeit zur Berathung der Anträge zu verwenden.“ Dieser Antrag soll in der „Met.-Arb.-Ztg.“ bekannt gemacht werden. Sodann wurde beschlossen, mit den anderen Filialen der 24. Wahlabtheilung gemeinschaftlich eine allgemeine Mitgliederversammlung einzuberufen zur Berathung resp. Stellung von Anträgen zur Generalversammlung.

Darmstadt. Auf einer Konferenz der 20. und 22. Wahlabtheilung am 8. März waren die Orte Mainz, Bessungen, Darmstadt, Bodenheim, Bornheim, Kasse, Grünheim, Griesheim, Gettersheim, Köstheim, Neichelsheim, Sachsenhausen, Aschaffenburg und Oberrad durch 19 Delegirte vertreten. Den Brennpunkt der ganzen Verhandlung bildete die Beseitigung des in der letzten Generalversammlung beschlossenen Zusatzes zu Abs. 6 im § 10 des Statuts. Von allen Seiten wurden bittere Klagen über die

Handhabung desselben seitens des Vorstandes geführt. Weisig-Bodenheim führt insbesondere an, daß der Passus nur nach der ausdrücklichen Erklärung des Vorsitzenden Deisinger: „Man möge nicht zu schwarz sehen, der Vorstand werde sich bemühen, fraglichen Zusatz auf die denkbar loyalste Weise zu handhaben“, angenommen worden sei. Statt dessen sei das gerade Gegenteil zu verzeichnen gewesen. Wendl, Zimmermann, Meyer und Schell beklagten sich bitter darüber, daß in sehr vielen strittigen Fällen nicht der am Ort der Kranken wohlhabende Vertrauensarzt, sondern derjenige des Vorstandes in Hamburg über die zulässige Aufrechnung der Krankheitsperioden entschieden habe, was unter allen Umständen zu verworfen sei, denn aus der Bezeichnung der Krankheit allein ließen sich nicht die nöthigen Schlüsse ziehen, sondern es gehöre zu einer richtigen Beurtheilung insbesondere Beobachtung und genaue örtliche Untersuchung des Kranken. Zum Schluß wurde ein Antrag von Ubel auf vollständige Beseitigung des in der Aschaffenburg Generalversammlung beschlossenen Zusatzes mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, den Vorstand zu erziehen, wenn irgend möglich, den 1895er Verwaltungsbericht den Delegirten etwa 14 Tage vor der Generalversammlung zuzustellen, damit diese Gelegenheit zur gründlichen Information haben, wurde einstimmig angenommen. Nächste Konferenz in Sachsenhausen.

Freiburg i. B. In der am 1. März abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde einstimmig beschlossen, bei der nächsten Generalversammlung folgende Anträge zu stellen: 1) In § 10 Abs. 6 der Statuten soll die Karenzzeit von 2 Jahren auf 1 Jahr herabgesetzt und der Schlußsatz dieses § von: „wenn nicht durch den Vertrauensarzt“ zu gestrichen werden. 2) § 10 Abs. 7 soll folgende Fassung erhalten: Durch Betriebsunfall erkrankten Mitgliedern, auch wenn sie versicherungspflichtig sind, ist das gleiche Krankengeld wie bei einer anderen Krankheit zu gewähren.

Mannheim. In Nummer 10 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ befindet sich ein Artikel aus Mannheim, der den Delegirten ein gebundenes Mandat mitgeben will. Unterzeichnet erklärt, mit einem gebundenen Mandat nicht auf die Generalversammlung zu gehen. Die Gründe dazu wird aber mag sich jedes Mitglied selbst ansehen. Ich bitte, dies bei den Wahlen in Betracht zu ziehen.

H. Foshag.

An die Zahlstellen von Hessen, Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. und Aschaffenburg.

Nach dem Ergebnis der Abstimmung der einzelnen Zahlstellen findet die Konferenz vorerst nicht statt. Bei Bedarf von Referenten werden wir nach wie vor den Wünschen entsprechen.

Mit kollegialem Gruß J. A.: Ludwig Ponges.

Vermischtes.

Das Berlinische Gewerkschaftsbureau. Ueber die Benützung des Gewerkschaftsbureaus von Seiten der Berlinischen Arbeiterschaft — soweit die Ertheilung von Auskünften bei Klagen usw. in Betracht kommt — konstatirt der neueste Dienstschaftsbericht des Bureau, daß sich die Frequenz des Bureau's beständig steigert, das Bureau durch die aus der bestehenden Gesundheits-Ordnung, den Alters-, Invaliden-, Unfallversicherungs- und Krankenkassen-Gesetzen und der Gewerbeordnung in der Praxis entstehenden Uebelstände und Nachtheile für die Arbeiter von denselben zwecks Mithetheilung und Pflichten in Anspruch genommen wird. Eine weitere mühevollere Arbeit des Bureau's bildete die von der Gewerkschaftskommission beschlossene Aufnahme einer jährlichen Statistik aller Gewerkschaften Berlins. Gleichfalls gilt als erfreulicher Fortschritt die Thatfache, daß die Arbeiter Berlins ihr Augenmerk mehr als bisher auf die sanitären und Sicherheitsverhältnisse der Fabrik- und Gewerbebetriebe richten und sich über die (auf die Berliner Gewerbe- und Fabrikinspektion bezüglichen) Bestimmungen durch das Bureau informieren.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 25. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Preussische Polizeiwirtschaft. — Gewalt und Oekonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reichs. Von Friedrich Engels. 4. Die Annexion von Elsas-Lothringen. 5. Das neue Deutsche Reichs Ausba und Wiederherstellung. — Der Weltmarkt und die Agrarkrisis. Von Parvus. 9. Der Juncker Gluck und Glend. B. Die Schwindelbühnen. — Die Lohnbewegung in der Konfektions-

büchle. Von Verthold Heymann. (Schub.) — Kleine Briefe. — Literarische Rundschau. — Notizen: Zur Abwehr. Von F. Mehl. — Zur Müze- und Währungsfrage. — Genelleton: Kesselerkenntnis. Federzeichnungen von Ludwig Eiserl. II. „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag). Nr. 6 des 6. Jahrgangs. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: „Arbeiterinnen pflegen keine Bestrafungen zu sein.“ — Zu Rechtsstreitigkeiten Geburtstag. — Das Vereins- und Versammlungsrecht vor dem Reichstage. — Aus der Bewegung. — Aus dem Berliner Konfektionsstreik. Von Adele Gerhard. — Dr. Wörldhoffer zur Frage der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. — Genelleton: Zeitigkeiten vom deutschen Wähermarkt. Besprochen von Brutus. Duff und Nelf (Gedicht). Von Gottfried Keller. — Kleine Nachrichten.

Briefkasten.

Editorin, B. Nicht verwendbar.

Jürnberg. Achtung! Wegen Lohn-differenzen der Zinnblecher ist der Bezug strengstens fernzuhalten! Näherer Bericht folgt.

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Altenburg. Sonnabend, 28. März, Abds. halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im „Goldenen Löwen“.

Bergedorf. Sonnabend, 11. April, Abds. halb 9 Uhr, in „Stadt Schwerin“, Mitgliederversammlung. Bericht vom Gewerkschaftsartikel. Vortrag über: Bimetallismus. Abrechnung vom 1. Quartal und 2. Winterbergsügen. Stellungnahme zum 1. Mai.

Berlin. Das Zentralbureau der deutschen Metallarbeiter Berlins befindet sich ab 1. April ds. Js. in Berlin C, Fischerstr. 22. Die Kollegen werden ersucht ihre Mitgliedsbücher, zwecks Veränderung der Orts-Str., an die Kassiere abzuliefern. — Alle ausbrechenden Differenzen mit Arbeitgebern wolle man vom 1. April ab unverzüglich dem Bureau mittheilen. — Den reisenden Kollegen zur Kenntnignahme, daß das Reisegeld vom 1. April ab durch das Bureau ausbezahlt wird.

Die Ortsverwaltung des D. M. V. für Berlin und Umgegend.

J. A. Friedr. Hofmann.

Berlin-O. Sonnabend, 28. März, bei Wille, Andreasstr. 27, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Vortrag. Vereinsangelegenheiten.

Bielefeld. (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, 5. April, Vorm. 10 Uhr, bei Wellmann am Gaderbaum, Versammlung. Abrechnung vom 1. Quartal. Stichwahl.

Bredow. Sonntag, 29. März, Nachm. halb 4 Uhr, bei Herrn Engelke, Wilhelmstr. 71, Mitglieder-Versammlung. Vortrag. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß. Verbandsangelegenheiten. — Die Zeitung ist laut Versammlungsbefehl vom 1. April ab nur im Zigarrengeschäft des Herrn Ristenmacher abzuholen.

Cannstatt. (Allg.) Samstag, 28. März, Abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Ruffischen Hof“. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß. Die Werkstättenverhältnisse in der Blechbüchsenfabrik von G. F. Seybold hier.

Cannstatt. (Sektion der Former.) Samstag, 28. März, Monatsversammlung bei S. Bäuerle, Hallstr.

Dessau. Dienstag, 7. April (3. Feiertag), Mitglieder-Versammlung bei Alner. Vortrag: Gewerbeordnung. Abrechnung vom 1. Quartal. Wahl eines Vertrauensmannes.

Durlach. Samstag, 28. März, Abds. halb 9 Uhr, im Gasthaus zur „Blume“, Mitgliederversammlung. Die Wahl-listen liegen von 6 Uhr ab daselbst auf.

Essen. Sonntag, Vorm. 11 Uhr, außerordentliche Versammlung bei Kemper, Volkstheater. Stichwahl. — Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Kemper.

Eplingen. Samstag, 28. März, Versammlung. Vortrag. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß.

Frankenthal. Samstag, 28. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Reißler, Speyererstr., Mitglieder-Versammlung. Stichwahl. Lokalfrage.

Frankfurt a. M. (Sektion der Spengler u. Installateure.) Samstag, den 28. März, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversam-

lung bei Stein, gr. Schenkerstraße 28. Vortrag von Genosse Adolf Baumann über: Fortschrittthum. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß.

Göppingen. Samstag, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal.

Haberstadt. Sonnabend, 28. März, Abends halb 9 Uhr, in Wollmann's Lokal, Mitglieder-Versammlung. Bezirks-konferenz.

Hamburg. (Sektion der Gelbleber, Gärtler zc.) Mittwoch, 1. April, Abends halb 9 Uhr, bei v. Salzen's Ww., Kaffeemacherreihe 6-7, Mitgliederversammlung. Stichwahl. Anträge zum Gewerkschaftskongreß. Bericht vom Kartell. Werkstättenangelegenheiten. — Kollegen, vergebliche Arbeitslosen-Statistik nicht. Mitgliebsbücher sind mitzubringen.

Hamburg. (Sektion der Klempner.) Mittwoch, 1. April, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Hilmer, Bessinghale, Gärtnermarkt 85.

Kaiserslautern. (Allg.) Samstag, 4. April, Abends halb 9 Uhr, im Gesellschaftshaus, Steinstr. 26, Mitgliederversammlung.

Karlruhe-Mühlburg. Sonntag, 28. März, Abends halb 9 Uhr, in der „Kaiser Klee“, Mitgliederversammlung mit Vortrag. Stichwahl.

Kiel. Mittwoch, 1. April, Abends 8 Uhr, bei Ahrens, Alte Reihe 8, Mitgliederversammlung. Der Nutzen der Generalkommission. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongreß.

Kiegnitz. Samstag, 28. März, Mitgliederversammlung im Gasthof zum „Preussischen Hof“. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß. Wahl von 2 Delegierten zum Gewerkschaftskartell. — Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, indrigenfalls dieselben gestrichen werden.

Kinder. Montag, 30. März, Abends halb 9 Uhr, Versammlung im Lokale zur „Neuen Welt“. Vortrag von Herrn H. Paul über: Die Darwin'sche Theorie.

Lüneburg. Mittwoch, 3. April, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei H. Leide, Leberstr. Der städt. Arbeitsnachweis.

Ludwigoburg. Sonntag, 29. März, Vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung im „Grünen Baum“. Stichwahl. — Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Mühlhausen i. G. Montag, 30. März, Abends 8 Uhr, bei Meißner, Mitgliederversammlung. Bericht über die Konferenz von Offenbach. Die Bedeutung des 10stündigen Arbeitstages.

München. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Samstag, den 28. März, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag im Verkehrslokal, Gasthaus zum Oberreit, Sendlingerstr. 55.

Münster i. W. Samstag, 4. April, Abends 9 Uhr, Versammlung beim Wirth Boof, Langenstr. 23. — Ostermontag, den 6. April, Ausflug nach „Sebon“. Sammel-punkt: Servatithor, Hotel Panki, Nachmittags halb 3 Uhr. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.

Nürnberg. (Allgemeine Zahlstelle.) Samstag 4. April, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokale bei Herzog, Reithorstr., Mitgliederversammlung mit Vortrag. Quartalsbericht des Bevollmächtigten. Verbandsangelegenheiten. — Adresse des Bevollm.: Carl Breder, Merktelg. 3/II.

Pforzheim. Samstag, den 28. März, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Löwen“, außerordentl. Mitgliederversammlung. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß. Bericht vom Gewerkschaftsgericht. Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen.

Reutlingen. Samstag, den 4. April, Abends 8 Uhr, Monatsversammlung bei Köpfer zum „Gerberthor“. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß.

Rixdorf. Die auf den 19. d. M. angekündigte Versammlung kann Umstände halber erst später stattfinden, dieselbe wird besonders bekannt gegeben. — Die Bibliothek befindet sich bei Postpächler, Steinwegstr. 68.

Rosbach. Sonnabend, 4. April, Abends halb 9 Uhr, in der „Brunnenhalle“, Versammlung. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß.

Schramberg. Samstag, den 28. März, Abends 8 Uhr, Kartellversammlung im „Mühle“. Da die Beschlüsse des Ausschusses über das Stützfestfest vorgelegt werden, ist vollständiges Erscheinen erwünscht.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 28. März, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Hirsch“. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß. — Die Restanten werden vor der Abrechnung an ihre Pflichten erinnert.

Tutlingen. Samstag, den 28. März, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß.

Tuffenhäuser. Samstag, 28. März, Abends, Mitglieder-Versammlung bei Wankmüller.

Freie Vereine.

Glauchau. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 28. März, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Besprechung über Arbeitslosenstatistik.

Allgem. Franken- und Sterdeckasse der Metallarbeiter.

Braunschwieg. Die Feststellung des Wahlergebnisses der 18. Wahlabteilung für die Generalversammlung in Bamberg findet Montag, 6. April, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Daes, Alte Knochenhauerstraße 11, statt.

Frankfurt a. O. Sonntag, 29. März, Vorm. 10 Uhr, im „Vorwärts“, General-Versammlung. Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung.

Öffentl. Versammlungen.

Düsseldorf. Sonntag, 29. März, bei Herrn Hochhausen (Wit), Martinstraße 81, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag über Streiks.

Kaiserslautern. Mittwoch, 1. April, Abds. 8 Uhr, im Saale des Café Karlsberg, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter und die Mittel zur Besserung derselben. Referent: H. Mohrloch-Berlin.

Stettin J. Sonntag, 29. März, Abds. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hoppe, Breiterstraße 7, S. r., öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag.

Wiesbaden. Samstag, 4. April, Abds. 9 Uhr, im „Schwalbacher Hof“, Gieselerstr. 36, große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Wie können die Metallarbeiter die gegenwärtige günstige Geschäftslage zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausnutzen? Referent: Kollege H. Mohrloch-Berlin.

Anzeigen.

Der Kesselschmied **Otto Niemer**, auch Nr. 102/740, aus Halle a. S., eingetreten in Grimmitschau, wird aufgefordert, die entliehenen Bücher des Kollegen Unger sofort hierher zu senden, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden.

Andreas Dell, Bevollmächtigter, Grimmitschau.

Die Kollegen, bezw. Ortsverwaltungen von Magdeburg und Umgegend, werden höflich gebeten, uns die Adresse des früheren Verbandsmitgliedes, des Klempners **Fermann Adler** aus Bries zu übersenden.

Ortsverwaltung Kiegnitz.

Der Schlosser und Maschinenbauer **Waldemar Rubel** aus Berlin wird ersucht, seine Adresse an seinen Bruder **Walthar Rubel** in Osterwiech a. Harz gelangen zu lassen. Die Kollegen werden gebeten, gefl. das Ihre dazu beizutragen.

Der Klempner **Ernst Stöckel** aus Hamburg, B.-Nr. 108 435, wird hiermit aufgefordert, unverzüglich die Sammelliste vom Konfektionsstreik Nr. 826 einzusenden. Ortsverwaltungen und Mitglieder werden um Mittheilung der Adresse des St. ersucht.

Ortsverwaltung Lüneburg.

Der Schlosser **August Sperri** aus Magdeburg, B.-Nr. 110 682, wird aufgefordert, das mitgenommene Buch sofort einzusenden.

Ortsverwaltung Göppingen.

Ein tüchtiger Dreher findet dauernde Beschäftigung bei

J. Bolke, Eisendrucker, Beckwasser, D. L.

Suche einen tüchtigen Feilen Schleifer. Feilenhauer **M. Buchs**, Sprottau i. Sch.

Von einer großen Maschinenfabrik Süddeutschlands werden bei guter Bezahlung zum sofortigen Eintritt tüchtige

Monteure

sowie selbständige Maschinen-schlosser für stehende sowie liegende Dampfmaschinen und Eismaschinen bei dauernder Beschäftigung gesucht. Offerte unter **J. 644** an **Rudolf Mosse, München.**

Todes-Anzeige.
Der Verband der österreichischen Metallarbeiter gibt hiermit Nachricht von dem Ableben seines bewährten Genossen
Josef Tishka,
Redakteur des „Österreichischen Metallarbeiter“, Sekretär des Verbandes der österr. Metallarbeiter, welcher Samstag, den 21. März, im 36. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Wien, am 22. März 1896.
Der Verband der österr. Metallarbeiter.

Nachrufe.
Am 5. März starb im Alter von 20 Jahren an Lungen- und Rippenfellentzündung, der Klempner
Susan Judewig.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Verwaltungsstelle Düsseldorf.
Am 5. März starb schnell und unerwartet unser Mitglied, der Schlosser
Wilhelm Phister.
Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.
Ortsverwaltung Frankenthal.

Am 1. März starb unser treues Mitglied
Fermann Krüger
aus Rabbusch durch Erkranken im Alter von 27 Jahren. Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.
Ortsverwaltung Gassen.

Am 8. März starb im Alter von 24 Jahren nach kurzem Leiden unser treues Mitglied
Michael Schmitt,
Flaschner aus Würzburg. Ehre seinem Andenken.
Ortsverwaltung Heilbronn.

Am 15. März verstarb unser treues Mitglied
Wilhelm Gehr
nach eintägiger Krankheit an Genickstarre. Wir werden demselben ein treues Andenken bewahren.
Verwaltungsstelle Neudarsulm.

Am 12. März verstarb unser Kollege, der Schraubendreher
Joseph Pflaum
an der Proletarierkrankheit. Ehre seinem Andenken.
Ortsverwaltung Rixdorf.

Zwei tüchtige Feilenhauer auf preiswerthe und dauernde Beschäftigung gesucht
Hugo Lang, Ralf b. Adm a. Rh.

Suche für sofort einen Feilenhauer-gehilfen.
Hj. Mäurer, Feilenhauerstr., Subl i. Thür.

Ein tüchtiger Feilenhauer, welcher auf Schlichtstellen arbeiten kann, findet dauernde Beschäftigung bei
F. Schmidt, Böcklingen a. d. Saar.

Empfehle den Kollegen mein vorzüglich gearbeitetes **Formwerkzeug**. Vorzügliche **Formerpinsel**. Bestellungen über 5 Mk franco.
Fritz Schneiderburger, Halle a. S., Kl. Ulrichstr. 36.

Franz Kundrat, Aschaffenburg

(Bayern),
fabrizirt als Spezialität: **Schieblehren** in jeder Größe und Qualität, sowie **Winkel, Lineale, Zirkel** zc. unter Garantie für feinste und genaueste Ausführung und billigen Preis. Preisliste gratis und franco. Wiederverkäufer erhalten den höchsten Rabatt.



Mai-Marken
liefert schnell und billig
Jean Holze
Hamburg, Gr. Drehbahn 45.
Verlangen Sie Muster.